

Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?

Blick auf das Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses III
für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung
des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens

Schriftenreihe
der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Band 7

Was ist gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?

**Blick auf das Unterrichtswesen
in der Deutschsprachigen Gemeinschaft**

Gesellschaftspolitisches Thema des Ausschusses III
für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung
des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens



Impressum

Herausgeber: Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens
Stephan THOMAS, Greffier

Platz des Parlaments 1
B-4700 EUPEN

Tel. +32 (0)87 31 84 00

www.pdg.be

ISBN 978-3-9817449-6-5
D/2018/13.679/3

© Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, 2018
Alle Rechte vorbehalten.

Druck: Kliemo, Eupen

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Expertenanhörungen	9
1.1. Die Berufszufriedenheit der Primarschullehrer (Ane-Marie Jouck)	9
1.2. Lehrgesundheit fördern, Schulen stärken (Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt)	12
1.3. Die Modernisierung des Sekundarschulunterrichts in Flandern und das M-Dekret (Prof. Dr. Ides Nicaise)	16
1.4. Der Pakt für ein exzellentes Unterrichtswesen in der Französischen Gemeinschaft (Prof. Dr. Marc Demeuse)	19
1.5. Achtsamkeit bei Lehrern und Schülern (Vera Kaltwasser)	28
1.6. Die Lehrgesundheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2015/2016 (Dr. Antje Walther).....	30
2. Anhörung der Schulakteure	35
2.1. Anhörung der Elternbund Ostbelgien VoG (EBOB).....	35
2.2. Anhörung der Primarschulleiter	37
2.3. Anhörung der Sekundarschulleiter	41
2.4. Schülerwettbewerb „Eure Schule von morgen“	43
2.5. Diskussionsabend „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“	51
3. Resümee und Ausblick	61
Weiterführende Informationen zu den angehörteten Referenten und Einrichtungen	69
Zusammensetzung des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung	71

Vorwort

Die systematische Auseinandersetzung in allen vier Ausschüssen des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft mit gesellschaftlich relevanten Themen ist auf die tiefgreifende Reform der parlamentarischen Arbeitsweise zu Beginn der laufenden Legislaturperiode zurückzuführen.

Der parlamentarische Ausschuss für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung hat sich in den vergangenen Sitzungsperioden intensiv in vielen Sitzungen mit der Frage beschäftigt: Was ist gute und gesunde Schule im 21. Jahrhundert?

Einvernehmlich beschlossen die Ausschussmitglieder, die Frage nach dem Wohlbefinden der Schüler und der Lehrkräfte in den Fokus zu rücken. Wie müssen Schule und Unterricht gestaltet werden, damit einerseits ein lernförderndes Klima geschaffen wird, das eine breite und individuelle Entfaltung jedes einzelnen Schülers ermöglicht, und andererseits für die Lehrkräfte ein gesundheitsförderndes und wertschätzendes Arbeitsumfeld entstehen kann, in dem sie ihre pädagogisch-didaktischen Fähigkeiten optimal entfalten können.

Auf diese komplexen Fragen gibt es keine einfachen Antworten. Erschwert wird die Beantwortung einer solchen Frage durch die Feststellung, dass der Blick auf Schule und Unterricht maßgeblich durch die eigene schulische Biografie oder durch die Schulerfahrungen der eigenen Kinder geprägt ist. Es gibt kaum einen anderen Lebensbereich wie den der Schule, zu dem nicht jeder Einzelne eine so dezidierte persönliche Meinung hat.

Dies wurde auch den Ausschussmitgliedern bewusst, als sie sich in einer ersten Phase in einer von Dr. Stracke-Mertes moderierten Diskussion in mehreren Ausschusssitzungen mit diesen Fragen auseinandersetzten. Schule ist ein hochkomplexes Gebilde, an dem viele Akteure (Schüler, Lehrer, Schulleitungen, Erziehungsberechtigte, Unterrichtsministerium, Schulträger und politische Verantwortliche) mit manchmal unterschiedlich gewichteten Erwartungen mitwirken. Schule ist nicht statisch; der Wandel ist das Beständige. In Wechselwirkung mit einer sich stetig verändernden Gesellschaft ist auch Schule in einem ständigen Entwicklungsprozess.

Aus diesen Diskussionen entwickelten sich fünf Themenschwerpunkte, die in der Folge vertiefter untersucht wurden.

- Im Mittelpunkt allen schulischen Handelns steht die ganzheitliche Entwicklung jeder einzelnen Schülerin und jedes einzelnen Schülers. Die wachsende Heterogenität der Schülerschaft, die auch in ostbelgischen Schulen zunehmend erkennbar ist, erfordert von den Lehrkräften eine größere Differenzierung in der Unterrichtsgestaltung. Zudem bedarf es einer systematischen Orientierung jedes einzelnen Schülers, besonders an den schulischen „Schnittstellen“, wenn es beispielsweise am Ende der ersten, der zweiten oder der dritten Stufe der Sekundarschule für jede Schülerin und jeden Schüler gilt, richtungsweisende Entscheidungen für die eigene weitere schulische oder berufliche Laufbahn zu treffen.
- Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen, neue Familienstrukturen, ständig wachsende (An-)Forderungen der Arbeitswelt und die stets wachsende Heterogenität der Schülerschaft stellen auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die Schulen vor immer neue und größere Herausforderungen. Diese Entwicklungen erfordern ein verändertes Bewusstsein der Lehrprofession. Wie müssen Erstausbildung und Weiterbildungen gestaltet werden, damit Lehrkräfte bestmöglich auf die sich stets verändernden Aufgaben des Lehrberufs vorbereitet werden? Durch welche innerschulischen Maßnahmen (z. B. Coaching, Teamarbeit ...) kann die Lehrergesundheit gefestigt (verbesserte Resilienz) und die Lehrerezufriedenheit gesteigert werden?
- Zur Erreichung dieser Ziele bedarf es angepasster Unterstützungsangebote für die Lehrer. Wie können Wohlbefinden und Gesundheit der Lehrkräfte positiv beeinflusst werden? Gerade in der Berufseinstiegsphase ist eine systematische und aufbauende Begleitung in Form von Coaching, Unterrichtshospitationen und geleiteter Selbstreflexion erforderlich, um zu verhindern, dass Lehrer frühzeitig aus dem Lehrerberuf aussteigen.
- Werden das Wohlbefinden der Schüler und der Lehrer in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, dann müssen die bestehenden Kontextbedingungen auf den Prüfstand gestellt werden. Dazu gehören beispielsweise die Arbeitsorganisation und die Arbeitszeiten der Lehrkräfte, die Aufteilung der Unterrichts- und der Ferienzeiten (Schuljahresrhythmus), die Gestaltung des Schultags und die Hausaufgabenpraxis.

Im Entwicklungsprozess zur salutogenen Schule ist das Schulleiterhandeln von zentraler Bedeutung. Schulleitungen müssen mit maßgeschneiderten Maßnahmen (z. B. die Einführung von Middle-Management-Strukturen) bei der Bewältigung dieser vielschichtigen Aufgabe unterstützt werden.

- Die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und die ganzheitliche Entwicklung der Schüler und Schülerinnen. Diese partnerschaftliche Kooperation kann nur gelingen, wenn sowohl eine deutliche Rollenzuteilung als auch eine offene und vorurteilsfreie Kommunikation zwischen den Erziehungsberechtigten, den Lehrkräften und der Schulleitung besteht.

Selbstverständlich kann sich eine eingehende Auseinandersetzung mit diesen bildungspolitischen Themen nicht auf die persönlichen Meinungsbilder der Ausschussmitglieder beschränken. Allen war daher von Anfang an bewusst, dass es unumgänglich ist, die Ergebnisse der empirischen Unterrichts- und Schulentwicklungsforschung als Grundlage für die vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Thema zu nehmen.

Wir wollten aber nicht nur über Schule sprechen, sondern auch in Dialog mit den Akteuren der ostbelgischen Schulen treten; es gab Anhörungen des Elternbundes Ostbelgien, der Primar- und Sekundarschulleitungen und der Schüler, die ihre Ideen zur „Schule von morgen“ im Rahmen eines Ideenwettbewerbs präsentierten.

Folgende Referate und Anhörungen fanden statt:

- Anne-Marie Jouck untersuchte im Rahmen ihrer Magisterarbeit an der Universität Lüttich die Zufriedenheit der Primarschullehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft.
- Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt referierte über die Belastungssituationen der Lehrer und die verschiedenen Bewältigungsmuster.
- Prof. Dr. Ides Nicaise stellte die Maßnahmen zur Modernisierung des Sekundarschulunterrichts in Flandern vor.
- Prof. Dr. Marc Demeuse präsentierte den « Pacte pour un enseignement d'excellence » der Französischen Gemeinschaft.
- Frau Vera Kaltwasser stellte das Projekt „Achtsamkeit in der Schule“ (AISCHU) vor.
- Anlässlich des Weltlehrertags referierten am 5. Oktober 2016 Nico Hirtt, Mitgründer der Denkgruppe « Appel pour une école démocratique – Aped », und Prof. Dr. Andrea Szukala von der Universität Münster zum Thema „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“.
- Am 3. März 2016 fand eine Anhörung einer Vertretung der im Jahr 2014 gegründeten Elternbund Ostbelgien VoG (EBOB) im Ausschuss statt.
- In zwei Sitzungen, am 24. März und am 28. April 2016, wurden Vertretungen der Primarschulleiter und der Sekundarschulleiter im Ausschuss III angehört.
- Im Schuljahr 2015-2016 organisierte der Ausschuss III einen Wettbewerb für die Schülerinnen und Schüler des 5. bis 7. Jahres der Sekundarschulen, des

TZU und für die Auszubildenden der ZAWM zum Thema „Eure Schule von morgen. Wir brauchen eure Ideen!“ Die vier besten Arbeiten wurden am 23. Juni 2016 in einer öffentlichen Ausschusssitzung vorgestellt.

Der vorliegende Band aus der Schriftenreihe der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens bietet eine Zusammenfassung der Referate und der Anhörungen. Dieses Resümee enthält eine Fülle von Anregungen für die weitere Entwicklung der ost-belgischen Schulen.

Allen Personen, die an der Behandlung dieses gesellschaftspolitischen Themas mitgewirkt haben, möchte ich im Namen der Mitglieder von Ausschuss III herzlich danken.

Eupen, im Mai 2017

Freddy Cremer

Vorsitzender des Ausschusses III
für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung

1. Expertenanhörungen

1.1. Die Berufszufriedenheit der Primarschullehrer

(Anne-Marie Jouck)

Einführung

Ziel der Studie war es, die Zufriedenheit der Lehrer im Allgemeinen abzufragen sowie im Besonderen nach den Gründen zu suchen, warum manche junge Lehrer innerhalb der ersten fünf Jahre wieder aus dem Beruf aussteigen.

Dazu wurde allen 492 Primarschullehrern in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Dezember 2014 ein Fragebogen zugesandt. 194 davon haben diesen innerhalb der vorgegebenen Frist ausgefüllt zurückgeschickt (39,8 %). Eine Analyse verschiedener Faktoren dieser Stichprobe (Wohnort, Alter, Geschlecht) hat ergeben, dass sie repräsentativ für alle Primarschullehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist.

Bei den 152 angeschriebenen Berufsaussteigern lag die Rücklaufquote bei lediglich 19 % und war statistisch nicht mehr aussagekräftig. Trotzdem enthielten die Fragebogen einige interessante Aussagen zu den Ausstiegsgründen.

Ergebnisse der Studie zur Berufszufriedenheit

Allgemeine Arbeitszufriedenheit

Laut Fragebogen sind 85,8 % der Primarschullehrer mit ihrer Arbeit zufrieden oder eher zufrieden. Trotzdem wurden auch Kritikpunkte angeführt. So äußerten einige Lehrer, dass sie die Arbeit mit den Kindern als erfüllend empfinden, der administrative Aufwand (v. a. das Schreiben von Curricula) für sie aber eine Belastung darstellt.

Negativ beurteilt wurde von manchen Lehrern zudem, dass die Eltern sich zu stark in pädagogische Fragen einmischen und dass in der Klasse verstärkt Erziehungsarbeit zu leisten ist, bevor man sich den eigentlichen Unterrichtsinhalten widmen kann. In schwierigen Situationen wie kritischen Elterngesprächen wäre eine schnelle und unkomplizierte Unterstützung wünschenswert.

Weitere Lehrer thematisierten das schlechte Ansehen ihres Berufs in der Gesellschaft. Die angekündigte Aufwertung des Lehrerberufs wird ihrer Ansicht nach (Stand Dezember 2014) nicht durch konkrete Maßnahmen verwirklicht.

Abbruch der Lehrtätigkeit

Der in dieser – nicht repräsentativen – Umfrage meistgenannte Grund für den Abbruch war die Arbeitsplatzunsicherheit (54,5 %).

Immer noch 40,9 % der Lehrer führten den Mangel an pädagogischer Unterstützung an (Mängel in der Erstausbildung – kaum Berücksichtigung psychologischer Aspekte, zu große Klassen und das Fehlen von Supervisionen).

Das Gehalt hingegen war nur für gut 13 % der ehemaligen Lehrer ausschlaggebend für ihren Ausstieg.

Berufseinstiegsprogramme

Insgesamt etwa 65 % der Lehrer fühlten sich zu Beginn ihres ersten Arbeitsjahrs gut oder eher gut auf den Beruf vorbereitet. Als besonders problematisch betrachteten viele Lehrer das Lösen von Konflikten in der Klasse (62,5 %), Differenzieren des Unterrichts, um auf die individuellen Bedürfnisse einzelner Schüler eingehen zu können (63,3 %), Bewerten der Schüler (60,4 %), Einhalten der Curricula und der Rahmenpläne (74,8 %) und Arbeiten mit den Eltern (79,1 %).

Allerdings sind genau dies Kompetenzen, die die Autonome Hochschule im Rahmen ihres Berufseinstiegsprogramms erarbeitet. Tatsächlich sahen Lehrer, die dieses Programm absolviert haben, ihre Kompetenzen in diesen Bereichen gestärkt.

Die Begleitung durch einen erfahrenen Lehrer gleicher Stufe (Mentorat) erachten 99 % der Lehrer als sinnvoll oder eher sinnvoll. Dies erscheint erstaunlich, weil die Autonome Hochschule vor einigen Jahren eine Ausbildung zum Mentor angeboten hat, an der jedoch kaum Lehrer teilgenommen haben.

Zudem sind über 80 % der Lehrer der Meinung, dass im Stundenplan Vorbereitungszeit mit Kollegen vorgesehen werden sollte.

Infrastruktur

66,9 % der Lehrer sind im Allgemeinen zufrieden mit ihrer Infrastruktur. Eine Minderheit von etwa 40 % wünscht sich mehr Arbeitsplätze für die Unterrichtsvorbereitung und eine bessere technische Ausstattung der Schule.

Arbeitsbelastung

67,3% der Lehrer sind mit ihrer Arbeitsbelastung zufrieden oder eher zufrieden. Als schwierig wird aber von 48% der Lehrer empfunden, dass sie nicht abschalten können sowie die Anzahl Stunden, die sie Zuhause für die Schule arbeiten müssen (hiermit sind 41,6% nicht oder eher nicht zufrieden).

Zusammenarbeit mit den externen Diensten

Rund die Hälfte der Lehrer 51,8% sind zufrieden mit der Zusammenarbeit mit den externen Diensten. Besonders positiv wird die Kooperation mit dem Kindertherapiezentrum KITZ¹, den Logopäden, der Frühhilfe Ostbelgien² und anderen Diensten im sozialtherapeutischen Bereich (73% Zufriedenheit) sowie Kaleido Ostbelgien (50,6%) betrachtet.

Eher mäßig zufrieden sind die Lehrer mit der Zusammenarbeit mit der pädagogischen Beratung des Ministeriums (34,9%).

Unterrichtsgeschehen

Die Lehrer sind sehr zufrieden mit dem Unterrichtsgeschehen, vor allem was die Erfolge bei der Vermittlung von Kompetenzen, die fachdidaktische und methodische Sicherheit, die Klassenführung und den pädagogischen Handlungsspielraum angeht (jeweils über 80% Zufriedenheit). Etwas weniger zufrieden sind sie mit dem Respekt der Schüler (74,8%) und ihrem Sozialverhalten (71,6%) sowie den Möglichkeiten zur individuellen Förderung (62,4%).

Die Rahmenpläne

Laut Analyse des Fragebogens (Stand 2015) herrscht nur bei 39% der Lehrer Zufriedenheit in Bezug auf die Rahmenpläne. Zwar erkennen ungefähr 67% der Lehrer den Nutzen und die Sinnhaftigkeit der Rahmenpläne an, 51,6% sind mit der

-
- 1 Das KITZ bietet an den Standorten Eupen und Elsenborn eine multidisziplinäre ambulante Therapie in den Bereichen Logopädie, Psychomotorik, Psychologie, Heilpädagogik, medizinische Beratung, Pädaudiologie und Ergotherapie an für Kinder mit tiefgreifenden Entwicklungsstörungen bzw. verzögerungen, geistiger Behinderung, emotionalen Problemen, Störungen des Sozialverhaltens, hyperkinetischen Syndromen und Schul- sowie Sprachschwierigkeiten an (siehe www.kitz.be, letzter Zugriff: 24.04.2017).
 - 2 Der ambulante Frühförderungsdienst „Frühhilfe Ostbelgien“ begleitet und berät Familien mit behinderten oder entwicklungsverzögerten Kleinkindern von 0 bis 6 Jahren und erstellt u. a. einen Förderplan mit individuellen Förderzielen (siehe <http://www.psychiatrieverband.be/psychothekliste/fruehhilfe-ostbelgien/>, letzter Zugriff: 24.04.2017).

Koordination der Umsetzung auf Schulebene zufrieden und immer noch 50,9% sind zufrieden mit der Verfügbarkeit des Fachwissens für die Umsetzung.

Bei allen anderen im Fragebogen angesprochenen Punkten wie die Machbarkeit im Alltag (61,8% nicht zufrieden), Verfügbarkeit der infrastrukturellen Mittel (64,2% nicht zufrieden) und besonders der Verfügbarkeit der zeitlichen Mittel für die Umsetzung (84,5% nicht zufrieden) äußerten die Lehrer überwiegend große Unzufriedenheit.

Dies legt die Vermutung nahe, dass nicht alle Lehrer verstanden haben, dass sie die Rahmenpläne nicht vollumfänglich in der Klasse umsetzen müssen.

Bild in der Gesellschaft

Über 80% der Lehrer sind mit der Zusammenarbeit mit den Eltern zufrieden, und etwa 70% mit der Wertschätzung ihrer Arbeit durch die Eltern.

Negativ wird allerdings das Bild bewertet, das das Umfeld (54,5%) bzw. die Gesellschaft (84,7%) vom Lehrerberuf hat. Dabei bleibt zu prüfen, ob die Gesellschaft dieses Bild tatsächlich hat oder ob die Lehrer dies falsch sehen.

Alles in allem sind 53,7% der Lehrer mit ihrem Image zufrieden.

1.2. Lehrgesundheit fördern, Schulen stärken

(Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt)

Selbsteinschätzungsverfahren AVEM

Am 29. Oktober 2015 stellte Prof. Schaarschmidt die Befunde der sogenannten „Potsdamer Lehrerstudie“ vor, bei der die Belastungssituation von Lehrern untersucht und Unterstützungsangebote zur Erhaltung ihrer Gesundheit erarbeitet worden sind.

Die Studie basiert auf dem Selbsteinschätzungsverfahren zur psychischen Gesundheit AVEM (**a**rbeitsbezogenes **V**erhaltens- und **E**rlebens**m**uster)³. Dabei wurden die

3 Für weitere Informationen dazu siehe <http://www.coping.at/index.php?ueberblick-avem> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

Lehrer anhand einer neunstufigen sogenannten Stanine-Skala⁴ befragt, wie sie sich selbst in Bezug auf verschiedene Merkmale in den Bereichen *Engagement*, *Widerstandskraft* und *Emotionen* einschätzen.

Wenn ein Lehrer sich tatkräftig engagiert, bei guter Widerstandskraft, und sich dies in berufliche Anerkennung und Wertschätzung niederschlägt, ist das ein gutes Bewältigungsmuster. Übermäßiges Engagement hingegen, das nicht den gewünschten Erfolg zeitigt, führt schnell zu einem krank machenden Verhaltens- und Erlebensmuster.

Vier verschiedene Bewältigungsmuster

Durch die Angaben ergeben sich auf der neunstufigen Skala vier markante Profile, sogenannte Bewältigungsmuster. Diese können als Indikatoren für die psychische Gesundheit der Lehrer herangezogen werden:

1. Im *Muster G* (G steht hier für Gesundheit) befinden sich gesunde und leistungsbereite Lehrer mit hohem, aber nicht überhöhtem Engagement, verbunden mit guter Widerstandsfähigkeit und positiven Emotionen.
2. Bei *Muster S* (S wie Schutz/Schonung) ist das Engagement reduziert. Der Lehrer verfügt zwar über Widerstandskraft und relatives Wohlbefinden, aber auch Unzufriedenheit mit seiner Tätigkeit, die zur Routine wird. Die Schwerpunkte werden dann im Privaten gesetzt.
3. Beim *Risikomuster A* steht „A“ für (übermäßige) Anstrengung. Es zeichnet sich aus durch überhöhtes Engagement bei Einschränkungen in der Widerstandsfähigkeit und im Wohlbefinden sowie durch Erholungsunfähigkeit. Diese Lehrer übernehmen jede Aufgabe, stehen dabei aber unter einem ungeheuren Druck, den sie an ihr Umfeld (die Schüler) weitergeben. Das Risikomuster A tritt bei Patienten mit Herz-Kreislauf-Indikation überzufällig häufig auf.
4. Am problematischsten aber ist das *Risikomuster B* (B für Burnout). Es kennzeichnet sich durch verringertes Engagement bei deutlichen Einschränkungen in der Widerstandsfähigkeit und im Wohlbefinden, Resignation und chronische Erschöpfung. Von der Diagnose Burnout ist allerdings nur bei

4 Abkürzung von „Standard Nine“ (deutsch: Standard neun). Es handelt sich dabei um eine Normskala mit einem begrenzten Wertebereich von 1 bis 9 (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Normwertskala>, letzter Zugriff: 08.03.2017).

einer Entwicklung von Muster A zu B zu sprechen – es gibt nämlich auch junge Menschen, die mit diesem Muster B bereits in den Beruf eintreten.

Im Rahmen der Potsdamer Lehrerstudie wurde auch die Anzahl Krankentage für die Unterrichtszeit analysiert. Die höchste Zahl findet man erwartungsgemäß für das Muster B. Die zweithöchste Zahl jedoch nicht für A, sondern für das Muster S. Hier liegt die Schwelle, krankheitsbedingt von der Arbeit fern zu bleiben, aufgrund der geringen Identifikation mit dem Beruf deutlich niedriger. Das Muster A hingegen kommt sogar an letzter Stelle, weil diese Personen sich auch im Krankheitsfall zwingen, weiter zur Schule zu kommen. Dafür aber schießen die Krankentage in der Ferienzeit in die Höhe.

Musteranalyse

Es konnte festgestellt werden, dass der Anteil an G-Mustern mit den Berufsjahren von 22 % auf 14 % abnimmt, während die beiden Risikomuster A und B von 56 % auf 61 % zunehmen. Diese Verschlechterung mit zunehmendem Berufsalter hängt unter Umständen mit den Rahmenbedingungen im Lehrerberuf zusammen. Erst in der Kohorte ab 55 Jahren verbessert sich das Bild, was aber wohl damit zusammenhängt, dass Lehrer im Muster B dann schon aus dem Beruf ausgeschieden sind.

Die Musterentwicklung wurde durch den Vergleich zweier Messzeitpunkte (MZP) im Abstand von drei Jahren analysiert. 44 % der Personen, die bei MZP 1 in Muster G waren, blieben es auch in MZP 2. 29 % jedoch wanderten in Muster S ab, wurden also gleichgültiger.

Muster S erwies sich mit einem Verbleib von 64 % als sehr stabil, 23 % wanderten jedoch nach B ab. Nachvollziehbar, denn aus der Schonungshaltung, die wohl auch mit äußerer Kritik bedacht wird, rutscht man leicht in die Resignation.

In Muster A verblieben 60 %, 25 % fanden sich in Muster B wieder. Dies kommt einer Burnout-Entwicklung gleich.

Am stabilsten war Muster B, in dem 66 % verblieben. Viele junge Menschen kommen schon mit diesem Muster in den Beruf. Eine Veränderung erfolgt am ehesten Richtung S, was bereits die erfreulichste Entwicklung der gesamten Längsschnittbetrachtung ist.

Eignung frühzeitig erkennen

Schon im Interesse der Lehrergesundheit muss frühzeitig auf die Eignung der Kandidaten geachtet werden. Das Institut COPING hat dazu einen Online-Selbstein-

schätzungstest mit der Bezeichnung „FIT-L (R) – FIT für den Lehrerberuf“ entwickelt, mit dem man durchspielen kann, ob man den Anforderungen des Berufs gerecht wird.⁵ Eignungstests sollten zudem Möglichkeiten aufzeigen, wie an einer potenziell vorhandenen Eignung weiter gearbeitet werden kann.

Das Studium seinerseits sollte praxisorientierter werden und beispielsweise verstärkt Konfliktgespräche mit Eltern oder den Umgang mit Disziplinverstößen durchspielen.

Lehrkräfte und Schulleitungen unterstützen

Als besonders beanspruchend wird von den Lehrern empfunden, dass sie nie mit der Arbeit fertig sind und nicht abschalten können. In der Klasse müssen sie ständig hoch konzentriert sein und sich auf verschiedenste Situationen einstellen können. Während eines Unterrichtstags können sich Lehrer somit selbst in den Pausen kaum erholen.

Auch sind die Lehrer oft negativen Emotionen (Ärger, Enttäuschung) ausgesetzt. Belastend ist dann vor allem, wenn sie mehrere Jahre mit problematischen Schülern konfrontiert sind.

Aus den vorgenannten Erkenntnissen heraus hat das Institut ein Unterstützungsprogramm („Denkanstöße“⁶) entwickelt, um Lehrer und Schulleiter zu befähigen, über sich selbst und die Schule als Ganzes nachzudenken. Dabei werden zunächst die Personen (mittels AVEM) und die Rahmenbedingungen analysiert, und darauf aufbauend werden Gestaltungs- und Fördermaßnahmen entwickelt.

Wichtige Maßnahmen sind beispielsweise:

- Strukturen zur aktiven Einbeziehung aller Kollegen fördern,
- Aufgabenfülle und Arbeitsumfang reduzieren,
- Unterrichtstag unter Beanspruchungsaspekt gestalten,
- Klima gegenseitiger Unterstützung schaffen.

Vor allem Personen der Muster A und B sollten eine persönliche Beratung erfahren, zudem sind Trainings zum Umgang mit sich selbst und mit anderen wichtig.

5 Dieser Test kann auf der Website <http://www.coping.at/index.php?fit-l-nutzen> abgerufen werden
6 Weitere Informationen dazu siehe <http://www.ichundmeineschule.eu/index.php?ueberblick> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

1.3. Die Modernisierung des Sekundarschulunterrichts in Flandern und das M-Dekret

(Prof. Dr. Ides Nicaise)

Prof. Nicaise stellte am 7. Januar 2016 die geplante „Modernisering van het secundair onderwijs“⁷ vor sowie das „decreet betreffende maatregelen voor leerlingen met specifieke onderwijsbehoeften“⁸ vom 21. März 2014 (kurz M-Dekret, wobei „M“ für „maatregelen“ steht).

Die Modernisierung des Sekundarunterrichts

Analyse des heutigen Systems

Im heutigen System wird zu früh – schon ab 12 Jahren – „differenziert“. Dabei werden die Schüler gemäß ihren akademischen Fähigkeiten in verschiedene Gruppen aufgeteilt. Zudem wirken Eltern und Lehrer sehr stark auf die Orientierung der Schüler ein, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht reif genug sind, die Studienmöglichkeiten zu sondieren.

Aufgrund dieser Einflussnahme gibt es zu wenig Technikstudenten, zudem zeigt sich eine soziale Verzerrung: Vor allem Schüler aus privilegierten Familien folgen einem allgemeinbildenden Unterricht. Außerdem erleben viele Schüler aufgrund ihrer fremdbestimmten Studienwahl in der späteren Schullaufbahn Frustration und Demotivation.

Wenn Schüler aufgrund ihrer antizipierten Fähigkeiten bestimmten Schulen oder Unterrichtsformen zugeführt werden, kommt es zu einer akademischen Segregation, d. h. einer Entmischung. Folglich werden die besseren und die schlechteren Schüler voneinander abgegrenzt und es entwickeln sich Ressentiments zwischen diesen beiden Gruppen.

All dies wirkt sich negativ auf die Lernmotivation aus.

Ursprüngliches Modernisierungsvorhaben

Die angedachte Modernisierung des Sekundarschulunterrichts hat zwei Ziele: Zum einen will man dem derzeitigen Wasserfallsystem entgegentreten. Dabei startet

7 Zu Deutsch die „Modernisierung des Sekundarunterrichts“, weitere Informationen siehe <http://onderwijs.vlaanderen.be/nl/modernisering-secundair> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

8 Zu Deutsch „Dekret über Maßnahmen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf“, Text siehe <https://codex.vlaanderen.be/Portals/Codex/documenten/1024474.html> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

man im allgemeinbildenden Unterricht, und wenn dies nicht funktioniert, „rutscht“ man in den technischen oder beruflichen Unterricht ab. Zum anderen soll die Durchlässigkeit von der Praxisorientierung hin zu einer allgemeineren Orientierung erhöht werden.

Um dies zu erreichen, sollte ursprünglich ein einheitliches Curriculum für die gesamte erste Stufe des Sekundarunterrichts eingeführt werden mit technisch-praktischen und allgemeinen Kursen. Dazu sollten die Studienrichtungen in sogenannte Interessensbereiche gruppiert werden.

Der Interessensbereich „Technik und Wissenschaft“ würde dann beispielsweise Studienrichtungen beinhalten, die heute im allgemeinbildenden, im beruflichen oder im technischen Unterricht angesiedelt seien. Auf diese Weise könnten die Schüler ihre Studienwahl rein von ihren Interessen abhängig machen und hätten dann im Laufe des Sekundarschulunterrichts die Möglichkeit, sich innerhalb des gewählten Interessensbereichs für einen theoretischen oder einen praxisorientierten Unterricht zu entscheiden.

Eine Analyse der Pisa-Ergebnisse hat gezeigt, dass es Unterrichtssysteme gibt mit nur geringen sozial bestimmten Leistungsunterschieden zwischen den Schülern, während das durchschnittliche Leistungsniveau sehr hoch ist. Dies ist vor allem in Ländern mit später Differenzierung der Fall, unter anderem, weil sich schwächere Schüler an stärkeren orientieren.

Ein Sekundarunterricht mit breiterer Grundausbildung ist daher gerechter und leistungsstärker.

Gesinnungswandel der Regierung

Nachdem ein Bericht des Rechnungshofs aus dem Jahr 2014 sowie ein weiterer Bericht der *Agentschap voor Kwaliteitszorg in Onderwijs en Vorming* (AKOV) von 2015 zu dem Schluss gekommen sind, dass viele Studienrichtungen nur unzureichende Perspektiven auf einen dauerhaften Arbeitsplatz bieten, scheint die Regierung nicht mehr die Idee zu unterstützen, die Studienorientierung bis zuletzt zu ermöglichen und so Optionen offen zu halten (späte Differenzierung). Damit ist die angedachte Modernisierung ins Stocken geraten.

Dabei scheinen die beiden Berichte die falschen Schlüsse zu ziehen. Hybride Studienrichtungen, die sowohl auf ein Weiterstudium als auch auf den Arbeitsmarkt abzielen, funktionieren derzeit zwar tatsächlich nicht gut. Dies liegt aber gerade daran, dass keine breite erste Stufe für alle Schüler existiert. Eine Überarbeitung des aktuellen Curriculums ist aus diesem Grund dringend notwendig.

Leider scheinen die derzeit geplanten Maßnahmen vor allem ökonomische Hintergründe zu haben (Übergang Unterricht – Arbeitsmarkt), während die sozialen Aspekte der Modernisierung Gefahr laufen, zu kurz zu kommen.

Das M-Dekret

Mit dem Dekret über Maßnahmen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf, dem sogenannten M-Dekret, sollen Schüler dabei unterstützt werden, möglichst lange dem normalen Unterricht zu folgen.

Derzeitige Situation

Hintergrund ist die Feststellung, dass seit den 1990er Jahren immer mehr Schüler dem Förderunterricht zugeführt werden. Darunter befinden sich immer häufiger solche mit sozialen oder sprachlichen Problemen, d. h. Migrationsschüler oder Schüler aus sozial benachteiligten Familien. Diese Schüler weisen oft lediglich leichte geistige Beeinträchtigungen, Verhaltensprobleme oder Lernstörungen (z. B. Dyslexie) auf. Zudem ist der Prozentsatz bei Jungen doppelt so hoch wie bei Mädchen, was eher mit Verhaltensauffälligkeiten zu tun hat und weniger mit einer etwaigen Behinderung.

Dieser „Trend“ kann damit zusammenhängen, dass man sich bemüht, Probleme immer früher zu erkennen. Dies führt dann aber auch dazu, dass immer schneller Diagnosen gestellt werden. Da die Lehrkräfte sich mit dem Umgang solcher Diagnosen überfordert fühlen, werden die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf fast alle an die Förderschulen verwiesen. Die gute Umsorgung der Schüler in den Förderschulen führt auch dazu, dass viele Eltern eher für den Förderunterricht optieren.

Problematisch ist aber, dass es kaum möglich ist, von der Förderschule wieder den Weg zurück zur Regelschule zu finden. Die Schülerlaufbahn ist damit vorgezeichnet.

Die kanadische Provinz New Brunswick zeigt, dass es auch anders geht. Dort befinden sich alle Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an Regelschulen. Sie haben damit eine viel höhere Chance, eine Hochschule zu besuchen oder Arbeit zu finden. Dieses Modell findet übrigens auch in der Deutschsprachigen Gemeinschaft Anwendung.

Ziel des M-Dekrets

An die Stelle des oben beschriebenen „Verweisungsmodells“ hin zur Förderschule möchte man ein „Betreuungsmodell“ in der Regelschule setzen.

So kann ein Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf seit 2014 nicht mehr einfach an die Förderschule verwiesen werden, nur weil eine Regelschule sich nicht ausreichend vorbereitet fühlt. Das sogenannte Zentrum für Schülerbetreuung muss die Regelschule und die Eltern entsprechend unterstützen und aufklären. Soziale Probleme beispielsweise sollen künftig eher als Argument gegen eine Verweisung herangezogen werden. Erst nach Ausschöpfung aller Alternativen wird der Zugang zur Förderschule möglich.

Die Förderschule fängt dabei nicht nur Schüler permanent auf, sondern entsendet auch Lehrer zur Unterstützung von Schülern mit leichter geistiger Beeinträchtigung in die Regelschule (für den inklusiven Unterricht).

Gelingensbedingungen

Es wurden verschiedene Faktoren genannt, die zum Gelingen der Inklusion beitragen:

- Stärkung des Rechts der Schüler auf eine individualisierte Unterstützung in der Regelschule,
- Befähigung der Lehrer durch Weiterbildungen,
- Bessere Zusammenarbeit von Förder- und Regelschule,
- Sensibilisierung von Lehrern und Eltern.

1.4. Der Pakt für ein exzellentes Unterrichtswesen in der Französischen Gemeinschaft

(Prof. Dr. Marc Demeuse)

Prof. Demeuse stellte am 28. Januar 2016 im Ausschuss den sogenannten « Pacte pour un enseignement d'excellence », also den Pakt für ein exzellentes Unterrichtswesen, vor, der sich derzeit in der Umsetzungsphase befindet.

Vorbereitung

Beim „Exzellenzpaket“ handelt es sich um ein dynamisches Projekt, das in der Französischen Gemeinschaft über die Legislaturperiode 2014-2019 hinaus fortgeführt werden soll.

Dazu wurden zunächst zwei Arbeitsgruppen aus je ca. 15 unterschiedlichen Akteuren des Schullebens gebildet. Die erste hat eine Bestandsaufnahme des Zustands des Schulsystems in der Französischen Gemeinschaft erstellt und die zweite hat sich Gedanken über die Werte, den Sinn und die Ziele der Schule im

21. Jahrhundert gemacht. Außerdem wurde die externe Beraterfirma McKinsey mit weiteren Aufgaben betraut.

Auf Grundlage dieser Ergebnisse hat die sogenannte Zentralgruppe, bestehend aus Mitgliedern des Kabinetts der Bildungsministerin, Mitarbeitern der Verwaltung und einzelnen Schulakteuren, eine Synthese erstellt, anhand derer die Regierung die weitere Richtung vorgibt.

Im Anschluss daran wurden zwölf weitere Arbeitsgruppen eingesetzt, die zu unterschiedlichen Themenfeldern beraten und konkrete Maßnahmen ausarbeiten sollen. Ein Schwerpunktthema ist dabei die Autonomie der Schulen. Zudem wird die vertikale Struktur der Schulnetze kritisch beleuchtet und einer geografischen Struktur gegenübergestellt. Grundgedanke ist dabei, dass Schulen in geografischer Nähe zueinander nicht isoliert betrachtet werden können, selbst wenn sie unterschiedlichen Schulnetzen angehören.

Eckpunkte des Exzellenzpakts

Die Überlegungen dieser zwölf Arbeitsgruppen sind anschließend von der Zentralgruppe zu einer Synthese zusammengefasst worden, die der Journalist Pierre Bouillon in der Tageszeitung *Le Soir* analysiert hat⁹. Daraus geht allgemein hervor, dass der Exzellenzpakt die Freude am Lernen wieder wecken, neue pädagogische Herangehensweisen einführen und das Wissen und die Kompetenzen der Schüler so anpassen möchte, dass die Basisfächer gestärkt werden. Zudem soll die Chancengerechtigkeit unter den Schülern verbessert werden.

Die Eckpunkte des Exzellenzpakts im Einzelnen (Stand April 2016):

Schuldemokratie stärken

Um die Schule angenehmer für die Schüler zu machen, soll die schulinterne Demokratie durch die Förderung von Schüler- und Klassenräten und eine Verbesserung der Beziehung zwischen Schule und Familie gestärkt werden. Außerdem soll die Schule irgendwann vollständig kostenlos für die Schüler werden.

Schulrhythmen neu gestalten

Die Zentralgruppe schlägt zudem vor, die Schulrhythmen zu überdenken. So soll der Schultag um eine oder anderthalb Stunden verlängert werden, damit Hausaufgaben und außerschulische Aktivitäten während der Schulzeit durchgeführt

9 Le Soir, 28.04.2016.

werden können. Außerdem soll das Schuljahr in allen Schulformen neu aufgeteilt werden, und zwar in je sieben Wochen Unterricht, gefolgt von je zwei Wochen Schulferien, wobei die Sommerferien beibehalten werden.

Lehrerkarriere in drei Etappen

Die Karriere eines Lehrers soll laut Zentralgruppe in drei große Etappen unterteilt werden: „Lehrer auf Probezeit“ (entspricht der heutigen Zeit vor der Ernennung), „bestätigter Lehrer“ und „erfahrener Lehrer“. Mit jeder dieser Etappen sollen Rechte und Pflichten verknüpft werden. So soll die Unterrichtszeit eines bestätigten Lehrers verringert werden, damit er junge Lehrer unterstützen kann. Wie lange die einzelnen Etappen dauern sollen, wird nicht näher definiert.

Außerdem sollen erfahrene Lehrer ein Sabbatjahr einlegen können, in dem sie 50 % ihrer Zeit der Weiterbildung oder einem mit dem Beruf verbundenen Projekt widmen und die anderen 50 % als Ersatz für abwesende Lehrer zur Verfügung stehen.

Förderung der Kultur

Jeder Schüler soll vom Kindergarten bis zum Abitur in den Genuss eines Kunst- und Kulturunterrichts gelangen. Dabei sollen den Schülern theoretisches Wissen und praktische Fähigkeiten im Bereich Kunst vermittelt werden.

Gemeinsame Grundausbildung ohne Sitzenbleiben

Während heute die schwächeren Schüler ab dem dritten Jahr der technischen oder beruflichen Abteilung zugeführt werden, sollen künftig alle Schüler vom ersten Kindergartenjahr bis einschließlich zum dritten Sekundarschuljahr – und in einer nächsten Phase gegebenenfalls sogar bis zum vierten Sekundarschuljahr – in den Genuss einer gemeinsamen Grundausbildung kommen.

Nach Abschluss des dritten Jahrs kann der Schüler dann wirklich frei und bewusst über seinen weiteren Schulweg entscheiden.

Während dieser gemeinsamen Grundausbildung werden summative Evaluationen¹⁰ durchgeführt, mit denen also beurteilt wird, welche Kompetenzen nach

10 Im Gegensatz zu einer formativen Evaluation beurteilt eine summative Evaluation nur, ob Lernziele eines Curriculums erreicht worden sind. Sie untersucht also nicht, wie gelernt worden ist bzw. warum nicht gelernt worden ist (siehe https://de.wikipedia.org/wiki/Summative_Evaluation, letzter Zugriff am 20.03.2017).

einem gewissen Zeitraum erreicht worden sind. Sie können jedoch nur in begründeten Ausnahmefällen zum Sitzenbleiben Grundausbildung führen.

Ab dem vierten Sekundarschuljahr erfolgt eine Aufteilung zwischen „Übergang zur Hochschule“ und „qualifizierender Unterricht“, wobei die aktuelle technische und die berufliche Abteilung fusioniert werden.

Autonomie

Die Schulen sollen mehr Autonomie erhalten, werden aber gleichzeitig verpflichtet, Ziele zu definieren und gegenüber der Französischen Gemeinschaft abzugeben. Dabei werden drei Ebenen definiert:

Erstens eine zentrale Regulierungsbehörde, die die allgemeinen Ziele der Schule definiert.

Zweitens Gebietsdirektionen, die von einem Zonendirektor geleitet werden. Diese inspizieren die Schulen, prüfen, ob sie die Curricula einhalten und legen mit jeder Schule einen Steuerungsplan fest, in dem spezifische Ziele für jede Schule festgehalten werden.

Drittens wird innerhalb der geografischen Zone eine sogenannte « inspection new look » eingerichtet. Deren Inspektoren prüfen die Umsetzung des Steuerungsplans und stellen die Koordinierung zwischen den Schulen unabhängig von den Schulnetzen sicher.

Entlastung des Schulleiters

Die Leiter der Primarschulen sollen Unterstützung für die Erledigung von administrativen Aufgaben erhalten. Zur Entlastung sowohl der Primar- als auch der Sekundarschulleiter sollen administrative Aufgaben gebündelt werden, indem man „Verwaltungszentren“ einrichtet oder Schulfusionen fördert (wobei die Niederlassungen bestehen und die personellen Ressourcen unangetastet bleiben sollen).

Der Schulleiter soll mehr Autonomie bei der Personalrekrutierung erhalten, damit sie im Rahmen des Statuts die Möglichkeit haben, eine eigene Schulkultur zu entwickeln.

Die Schulleiter selbst sollen künftig auch aus anderen Schulnetzen oder einer anderen Schulebene rekrutiert werden können. Zudem könnte das Mandat des Schulleiters zeitlich begrenzt werden, beispielsweise auf (erneuerbare) sechs oder acht Jahre.

Weiterbildung

Die Zentralgruppe geht in ihrer Synthese kaum auf die Erstausbildung selbst ein, während der Hochschulminister der Französischen Gemeinschaft, Jean-Claude Marcourt, bereits eine Verlängerung auf fünf Jahre in Aussicht gestellt hat.

Sie konzentriert sich vielmehr auf die Weiterbildung während der Berufslaufbahn und schlägt vor, dass der Schulleiter mit den Lehrern Weiterbildungspläne verhandelt, die auf die Bedürfnisse und Ziele der Schule ausgerichtet sind.

Des Weiteren soll der Lehrer ein individuelles „Weiterbildungsportfolio“ zusammenstellen können. Im Übrigen empfiehlt die Zentralgruppe, eine Mindestanzahl an Weiterbildungen festzulegen.

Pädagogischer Koordinator

Zur Entlastung des Schulleiters soll jede Schule einen pädagogischen Koordinator bezeichnen. Dieser soll als Faktor der Dynamik und Innovation fungieren und eine gewisse Kontinuität im Fall eines Wechsels des Schulleiters gewährleisten.

In Abstimmung mit der Schulleitung können die pädagogischen Koordinatoren pädagogische Versammlungen moderieren, Innovationen anregen, Lehrer begleiten oder unterstützen, sich mit Kollegen an anderen Schulen austauschen und dem Schulleiter beratend zur Seite stehen.

Was ist unterrichten?

Die Arbeitsgruppe möchte die Tätigkeit des Unterrichts klarer umreißen und legt fünf wesentliche Merkmale fest. Unterrichten umfasst demnach:

- die Arbeit mit den Schülern in der Klasse (d. h. das Unterrichtsgeschehen),
- eine Dienstleistung gegenüber der Schule und den Schülern (Klassenräte, Elterngespräche,...)
- Teamarbeit mit Kollegen (Teamversammlungen, Unterstützung von Berufsanfängern),
- Eine selbstständige Arbeit (Vorbereitung der Kurse),
- Weiterbildung.

In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob man diese Aufgaben zeitlich bemessen sollte. Derzeit unterrichten die Lehrer je nach Fall 20, 22 oder 24 Stunden in der Klasse. Einige Autoren des Exzellenzpakts wollen für die Lehrer eine 38-Stunden-Woche definieren, was jedoch bei den Gewerkschaften umstritten ist.

Obligatorischer Besuch des Kindergartens

Die Regierung der Französischen Gemeinschaft wird dazu aufgefordert, die Schulpflicht von sechs Jahren (erstes Primarschuljahr) auf drei Jahre (erstes Kindergartenjahr) zu senken. Derzeit können die Kinder dem Kindergarten fernbleiben, ohne sich dafür rechtfertigen zu müssen. Dies führt dazu, dass einige Kinder fast immer anwesend sind und andere viel seltener.

Die Zentralgruppe geht davon aus, dass noch eingehend analysiert werden muss, ob damit eine Anwesenheitspflicht von 100 % von den Kindern verlangt wird. Es sollen aber Maßnahmen ergriffen werden, die einen häufigeren Kindergartenbesuch fördern.

Die Regierung wird ferner dazu aufgefordert, Rahmenpläne für den Unterricht im Kindergarten zu verfassen – derzeit gibt es diese noch nicht in allen Netzen. Dabei soll ein Schwerpunkt auf Sprache und Kommunikation gelegt werden, es soll aber vermieden werden, Lernschwellen zu definieren, damit schwächere Kinder nicht stigmatisiert werden. Außerdem soll der Rahmenplan den Kindergarten nicht verschulen, d. h. aus ihm eine Art vorgezogene Primarschule machen. Und schließlich soll keine summative Evaluation durchgeführt werden.

Gerechtere Schule

Die Zentralgruppe merkt an, dass das System der Schulhilfe für Schulen in Schwierigkeiten (die sogenannten *écoles en encadrement différencié*¹¹) auf dem sozioökonomischen Status der einzelnen Schüler basiert. Jeder Schüler verfügt über einen solchen Status, der bestimmt, ob die Schule in den Genuss einer zusätzlichen Hilfe kommen kann.

Derzeit wird dieser Status durch das Viertel bestimmt, in dem das Kind lebt. Um das System etwas auszufeilen und die Hilfen gezielter einzusetzen, schlägt die Zentralgruppe vor, dass der sozioökonomische Status des Kinds von Merkmalen abhängig gemacht werden soll, die dem Kind selbst eigen sind.

Evaluation für jeden

Die Schule evaluiert derzeit vor allem die Schüler. Es sollten aber auch die Lehrer und die Schulleiter evaluiert werden, und zwar in erster Linie nicht, um sie zu sanktionieren, sondern um Mängel zu lokalisieren und Lösungen aufzuzeigen.

11 Zu Deutsch: „Schulen mit differenzierter Begleitung“, Anm. d. Verf.

Die Unterrichtsministerin der Französischen Gemeinschaft, Marie-Martine Schyns, gab in einem Interview mit *La Libre* jedoch zu verstehen, dass negative Evaluationen nur dann erfolgen sollen, wenn die Lehrer schlechten Willen beim Erreichen der festgelegten Schulziele zeigen oder wenn sich wiederholt Unzulänglichkeiten bei der Umsetzung der vorgeschlagenen Lösungswege zeigen.¹²

Wenn zwei aufeinanderfolgende Evaluationen negativ ausfallen, können die Lehrer ihren Arbeitsplatz verlieren. Sie haben aber das Recht, gegen eine negative Evaluierung Beschwerde einzulegen.¹³

Digitalisierung

Die Zentralgruppe fordert eine bessere digitale Ausstattung der Schulen, zudem sollen digitale Arbeitsgeräte konsequenter in den Schulalltag integriert werden. Es soll sowohl mit Hilfe der neuen Technologien unterrichtet werden als auch über diese Technologien.

Die Schüler sollen dabei lernen, im Internet Recherchen durchzuführen, ihre Identität im Internet zu schützen und sich mit den Funktionen von Twitter und anderen sozialen Netzwerken vertraut machen.

Zur Vorbereitung schlägt die Zentralgruppe die Bildung einer „digitalen Taskforce“ vor.

Junge Lehrer unterstützen

Junge Lehrer scheiden häufig viel zu früh aus dem Beruf wieder aus. Dies hängt hauptsächlich damit zusammen, dass sie lange auf ihre Ernennung warten müssen, von Schule zu Schulen wandern und dabei keinen Vollzeitvertrag erhalten.

Die Zentralgruppe ruft die Regierung der Französischen Gemeinschaft dazu auf, die Verwaltung freier Stellen zu optimieren, damit Arbeitsplätze schneller angeboten werden können.

Außerdem soll die Berechnung des Betreuungsverhältnisses im Kindergarten angepasst werden, um so schneller auf die Entwicklung der Schülerzahlen reagieren zu können.

12 *La Libre*, 09.03.2017.

13 *L'Avenir*, 09.03.2017.

Überdies wird empfohlen, das Beschäftigungsverhältnis des Berufsanfängers schneller zu sichern und der Zerstückelung des Stundenplans entgegenzuwirken.

Eine weitere Maßnahme wäre ein besserer Empfang der Berufsanfänger, denen Referenzpersonen zur Unterstützung zur Seite gestellt werden sollte.

Schließlich sollten gemeinsame Arbeitsbereiche eingerichtet werden, wo die Lehrer sich treffen und im Team arbeiten können.

Nächste Schritte (Stand März 2017)¹⁴

Im März 2017 hat die Zentralgruppe der Regierung der Französischen Gemeinschaft die dritte Synthese der von den einzelnen Arbeitsgruppen ausgearbeiteten Vorschläge vorgelegt. Die Regierung wird die Vorschläge in konkrete Maßnahmen umsetzen, von denen einige bereits für 2017 vorgesehen sind. Die größten Veränderungen sind jedoch erst für die Jahre 2020 bis 2027 zu erwarten.

Im September 2017 soll zunächst das Betreuungsverhältnis im Kindergarten verbessert werden. Bis September 2019 möchte man dafür in der Französischen Gemeinschaft 1.100 Personen einstellen.

Des Weiteren sollen die Grundschulleiter ab September 2017 administrativ unterstützt werden. Dafür soll eine Hilfskraft pro 500 Schüler (statt wie bisher 1.000 Schüler) eingestellt werden. Der Abschluss dieser Maßnahme ist für 2020 angedacht. Insgesamt sieht die Regierung hierfür 450 Vollzeitäquivalente vor.

2017 möchte man auch erste Machbarkeitsstudien zunächst in Bezug auf eine Reform des Schuljahreskalenders (Ferienperioden von je zwei Wochen, wobei die Sommerferien etwas verkürzt werden) und anschließend in Bezug auf den täglichen Stundenplan durchführen.

Ab September 2018 soll der Besuch des dritten Kindergartenjahrs verpflichtend sein (also nicht mehr des ersten Kindergartenjahrs wie ursprünglich gefordert – siehe weiter oben), indem er als Bedingung für die Einschreibung in das erste Primarschuljahr gemacht wird (wie häufig das dritte Kindergartenjahr besucht werden muss, bleibt noch festzulegen).

Ebenfalls ab September 2018 möchte die Französische Gemeinschaft Mittel freigeben, um die Anzahl Schüler, die sitzenbleiben und die Schule abbrechen, zu reduzieren.

¹⁴ Le Soir, 09.03.2017.

Zum Schulanfang 2018 wird eine erste Gruppe von Schulen ihren Steuerungsplan verfassen, in dem sie u. a. ihre Ziele hinsichtlich der Versetzungsquote und der Reduzierung des Sitzenbleibens festlegen. Eine zweite Gruppe soll 2019 folgen, eine dritte Gruppe 2020. Die Steuerungspläne sollen ein Jahr nach ihrer Abfassung in Kraft treten.

Ebenfalls zum Schulanfang 2018 soll das flexible Zeitfenster für die Sekundarlehrer abgeschafft werden. Aktuell erteilen die Lehrer der Unterstufe (« régents ») zwischen 22 und 24 Stunden Unterricht, die Lehrer der Oberstufe (« licenciés ») zwischen 20 und 22 Stunden. Künftig sollen erstere einheitlich 22 Stunden erteilen und letztere einheitlich 20 Stunden. Diese Reduzierung gilt als Ausgleich für die Teamarbeit zwischen den Lehrern, die verstärkt werden soll.

Im September 2019 soll der Rahmenplan für den Kindergarten in Kraft treten. Die Erstellung dieses Rahmenplans soll 2017 beginnen und er soll 2018 abgestimmt werden. Im selben Jahr werden Weiterbildungen für die Kindergärtner organisiert, um sie auf den Rahmenplan vorzubereiten.

Zum gleichen Zeitpunkt wird das « Dossier d'accompagnement de l'élève », d. h. die Begleitakte für Schüler mit Schwierigkeiten, im ersten und zweiten Primarschuljahr angewendet, bevor sie auf die anderen Jahre der Primar- und Sekundarschule ausgeweitet wird. Mit dieser Akte sollen die Lernschwierigkeiten und Bedürfnisse eines Schülers während seiner gesamten Schullaufbahn strukturiert analysiert werden und es sollen Lösungen erarbeitet werden, um ein Sitzenbleiben zu vermeiden.

Für September 2020 ist der Start der interdisziplinären gemeinsamen Grundausbildung vorgesehen. Diese gilt dann zunächst für die drei Kindergartenjahre sowie das erste und zweite Primarschuljahr. Danach folgt die Reform den Schülern, bis die Aufteilung zwischen „Übergang“ und „Qualifikation“ im Jahr 2027 schließlich vom zweiten auf das dritte Sekundarschuljahr verschoben wird. Die Fusion von technischem und berufsbildendem Unterricht beginnt dann 2028.

Mit Schulbeginn 2020 wird das System der Referenzlehrer, die Berufseinsteigern unter die Arme greifen, eingeführt.

Ab September 2021 beginnt das Erlernen der ersten Fremdsprache im dritten Primarschuljahr statt wie bisher im fünften Primarschuljahr. Damit gleicht sich die Wallonie der Praxis in Brüssel an.

Im Jahr 2021 beginnen die Vorbereitungen zur Reform der drei letzten Sekundarschuljahre (Abteilung „Übergang“, Abteilung „Qualifikation“), damit sie im September 2028 in Kraft treten kann.

1.5. Achtsamkeit bei Lehrern und Schülern

(Vera Kaltwasser)

Einleitung

Frau Kaltwasser referierte am 21. April 2016 in einer öffentlichen Ausschusssitzung zum Thema Achtsamkeit. Sie betonte eingangs, dass Bildung nur dann stattfinden kann, wenn der Einzelne sie in die eigenen Hände nimmt. Allerdings bedarf es dabei der Anleitung durch Eltern und Lehrer, damit Kinder und Jugendliche selbstbestimmte Subjekte ihres Bildungsprozesses werden können.

Die Achtsamkeit kann zu diesem Prozess einen wichtigen Beitrag leisten, weil schon die Jüngsten etwa durch Smartphones und Tablets einer Reizüberflutung ausgesetzt sind. Diese zunehmende Außenorientierung (man ist ständig verfügbar) führt zu einer verringerten Frustrationstoleranz. Die Lehrer sollten daher die Selbstwahrnehmung der Kinder und Jugendlichen stärken und damit ihre Selbstregulation, Selbstwirksamkeit und Impulskontrolle unterstützen.

Was ist Achtsamkeit?

Die Achtsamkeit gründet auf der buddhistischen Selbstkultivierung des Einzelnen: Man soll so mit seinen Emotionen umgehen, dass man dem anderen nicht schadet. Sie bezeichnet damit die Fähigkeit zum bewussten Erleben und Reflektieren.

Diese Fähigkeit muss kultiviert werden. Wir sind nämlich so programmiert, unmittelbar auf einen Schlüsselreiz (z. B. eine Schlange oder aber ein unangenehmer Nachbar oder Kollege), der als gefährlich bewertet wird, zu reagieren. Dieser Schlüsselreiz versetzt uns in Stress und alarmiert uns daher automatisch. Man hat dann Tendenz, diesem Reiz aus dem Weg zu gehen und zementiert bzw. automatisiert dann schließlich seine Verhaltensweise gegenüber diesem Reiz.

Diese Automatisierung wirkt sich auch auf Charaktereigenschaften aus: Wenn man sich nur oft genug als zurückhaltend beschreibt, z. B. weil die Eltern auch so sind, dann wird man es schließlich tatsächlich.

Mit der Achtsamkeit nun soll trainiert werden, die eigenen Impulse zurückzunehmen und einen Reiz oder eine trainierte Handlung zunächst zu überprüfen und einzuordnen, bevor man dann bewusst reagiert („gewählte Entgegnung“).

Aus dem Gedankenstrom der ständigen Bewertungen und Befürchtungen, die einen unter Stress setzen, kommt man heraus, indem man auf die Bremse tritt

und auf den Atem achtet. Auf diese Weise wird Studien zufolge die Konzentrationsfähigkeit gestärkt.

Achtsamkeit in der Schule (AISCHU)

Nach Ansicht der Referentin sollten Achtsamkeitsphasen kontinuierlich in den regulären Unterricht einfließen, damit das Achtsamkeitstraining immer leichter für die Schüler wird und sie es immer mehr genießen können.

Dazu können verschiedene Übungen durchgeführt werden. So sollen sich die Schüler beispielsweise im Sitzen und mit geschlossenen Augen persönliche Bewertungen bewusst machen (z. B. die schon angesprochene selbsterfüllende Aussage, dass man zurückhaltend ist), um dann besser damit umgehen zu können.

Auch ein Ressourcentraining ist wichtig. Dabei soll man sich bewusst auf das konzentrieren, was gesund erhält („Salutogenese“), und nicht auf krank machende Dinge.

Man kann die Schüler für das Thema Achtsamkeit gewinnen, indem man ihre persönliche Erfahrung in den Mittelpunkt stellt. Dazu macht man Wahrnehmungsübungen. Man zeigt ihnen beispielsweise das Bild einer aufgeschnittenen Zitrone und stellt gemeinsam fest, dass dieses ihren Speichelfluss anregt. Eine andere Möglichkeit ist es, ihnen den Einfluss der Körperhaltung auf die Stimmung vor Augen zu führen (das sogenannte „Embodiment“).

Anschließend ist es wichtig, praktische Übungen durchzuführen. So können sich die Schüler vor jeder Unterrichtsstunde mittels kleiner Übungen (sich hinstellen und ein wenig bewegen) ihren Körper vergegenwärtigen. Auf diese Weise kann Stress beispielsweise vor einer Prüfung entgegengewirkt werden.

Diese Achtsamkeitsprüfungen finden bei den Schülern guten Anklang. Laut einer Studie praktizieren 70 % der Schüler, die in der Schule Achtsamkeitsübungen durchführen, diese auch außerhalb. Zudem würden 90 % der Schüler diese Übungen in ihrem sozialen Umfeld weiterempfehlen.

Auch für Lehrer bieten Achtsamkeitsübungen Potenzial. Wie Studien gezeigt haben, strahlen Lehrer, die diese Übungen durchführen, im Beruf mehr Ruhe aus und merken schneller, wann sie sich überlasten.

Zudem hilft Achtsamkeit den Lehrern, ihren persönlichen Schulalltag unter die Lupe zu nehmen, Bewertungen wahrzunehmen und Gewohnheitsmuster zu erkennen. Dabei sollen sie ihren Fokus auf das lenken, was gut läuft.

1.6. Die Lehrgesundheit in der Deutschsprachigen Gemeinschaft 2015/2016

(Dr. Antje Walther)

Einleitung

Am 13. April 2017 stellte Frau Dr. Walther die Lehrerkrankenstatistik für das Schuljahr 2015/2016 im Ausschuss vor.

Bei der Darbietung der krankheitsbedingten Fehlzeitenanalyse für das Schuljahr 2015/2016 im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird der Schwerpunkt zum einen auf einen Vergleich zwischen Förderschulwesen und Regelschulwesen und zum anderen auf einen Vergleich zwischen Kindergartenbereich, Primar- und Sekundarbereich und Autonome Hochschule gelegt.

Außerdem wird ein tendenzieller Vergleich der Kennzahlen für das gesamte Unterrichtswesen für die Schuljahre 2013/2014 und 2015/2016 durchgeführt sowie eine Analyse der Entwicklung der am 1. September 2013 eingeführten stufenweisen Wiedereingliederung in den Berufsalltag. Schließlich werfen wir einen Blick auf die Arbeitsunfälle im Schuljahr 2015/2016.

Gesamttendenzen des Unterrichtswesens im Schuljahr 2015/2016 im Vergleich zum Schuljahr (2013/2014)

Der Krankenstand im Unterrichtswesen der Deutschsprachigen Gemeinschaft beträgt im Schuljahr 2015/2016 2,72 %. Dies bedeutet, dass in diesem Schuljahr durchschnittlich 2,72 % der Personalmitglieder arbeitsunfähig geschrieben waren. Diese – sehr niedrige – Zahl ist im Vergleich zum Schuljahr 2013/2014 (2,7 %) stabil geblieben.

Die Gesamtkrankentage der 2.161 Personalmitglieder des Unterrichtswesens liegen bei 21.493 und sind damit gegenüber 2013/2014 (20.628) um 4,2 % gestiegen.

Dieser Anstieg ist vor allem auf vermehrte einwöchige Arbeitsunfähigkeiten aufgrund von saisonalen Erkrankungen (grippale Infekte, Magen-Darm-Grippe, Mandelentzündung, Stirnhöhlenentzündung, unkomplizierte Bronchitis usw.) zurückzuführen. Dies erklärt auch den Anstieg der Betroffenenquote auf 54,7 %. 2013/2014 waren noch 48 % der Personalmitglieder von einer Arbeitsunfähigkeit (von mindestens einem Tag) betroffen.

Die Langzeiterkrankungen (über einmonatige Dauer) hingegen sind um einen Prozentpunkt zurückgegangen, sie betrafen im Schuljahr 2015/2016 4,9 % aller

arbeitsunfähigen Personalmitglieder. Ebenfalls rückgängig waren die längerfristigen Erkrankungen (bis einmonatige Dauer), sie sind um 1,7 Prozentpunkte auf 9,4 % der Abwesenheiten insgesamt gesunken.

Die eintägigen Arbeitsunfähigkeiten sind stabil geblieben. Sie liegen im Schuljahr 2015/2016 bei 52,4 % aller Arbeitsunfähigkeiten (52,5 % im Schuljahr 2013/2014) und stellen somit die häufigsten Abwesenheiten an den Gesamtabwesenheiten unterschiedlicher Dauer dar.

In Bezug auf diese eintägigen Abwesenheiten gibt es häufig Vorurteile, insbesondere weil sie überzufällig oft auf einen Montag fallen. Stichprobenkontrollen haben diese Vorurteile aber nicht bestätigt. Die betreffenden Personalmitglieder haben sich meist bereits zum Ende der Arbeitswoche hin krank gefühlt, aber bis zum Freitag durchgehalten. Weil sie jedoch auch eine Familie haben, können sie am Wochenende nicht wirklich durchatmen. Am Montag müssen sie dann einsehen, dass sie die nächsten fünf Tage nicht schaffen und melden sich krank.

Vergleich innerhalb des Regelschulwesens

Innerhalb des Regelschulwesens kann die Autonome Hochschule (AHS) mit 1,88 % auf den niedrigsten Krankenstand verweisen. Den höchsten Krankenstand findet man dagegen im Kindergartenbereich mit 2,72 %. Im Vergleich zu anderen Regionen wie Nordrhein-Westfalen, wo der Krankenstand 2016 bei 6,3 % lag, sind die Zahlen aber immer noch äußerst niedrig.

Trotzdem liegt die Betroffenenquote im Kindergartenbereich mit 44,9 % auf dem niedrigsten Stand. Hier finden sich zudem die wenigsten eintägigen Arbeitsunfähigkeiten pro Personalmitglied mit einem Faktor von nur 0,3. Das bedeutet, dass 2015/2016 nur knapp jedes dritte Personalmitglied einen Tag arbeitsunfähig geschrieben wurde.

Der hohe Krankenstand im Kindergartenbereich ist auf die hohe Zahl von 9,9 Gesamtkrankentagen pro Personalmitglied zurückzuführen. Dies bedeutet also, dass krankheitsbedingte Abwesenheiten im Kindergartenbereich vorwiegend auf längerfristige Erkrankungen (bis ein Monat) bzw. Langzeiterkrankungen (mehr als ein Monat) zurückzuführen sind – im Gegensatz zum Primar- und Sekundarbereich und der AHS.

Im Sekundarbereich finden sich dafür die meisten eintägigen Abwesenheiten pro Personalmitglied innerhalb des Regelschulwesens. Dies erklärt dann auch die relativ hohe Betroffenenquote von 57,4 %.

Vergleich innerhalb des Förderschulwesens

Im Förderschulwesen weist der Kindergartenbereich sowohl den höchsten Krankenstand (6,84 %) als auch die höchste Betroffenenquote (84,2 %) auf. Dies bedeutet, dass hier nicht nur die meisten eintägigen Abwesenheiten, sondern auch die meisten Langzeiterkrankungen innerhalb des Förderschulwesens zu verorten sind.

Der niedrigste Krankenstand (3,65 %) und die niedrigste Betroffenenquote (66,6 %) im Förderschulwesen liegen im Primarbereich. Die meisten eintägigen Abwesenheiten pro Personalmitglied hat der Sekundarbereich (Faktor 1,03).

Vergleich zwischen Förderschulwesen und Regelschulwesen

Insgesamt liegen alle Zahlen (Krankenstand, Betroffenenquote, Arbeitsunfähigkeitsfälle pro Personalmitglied, Gesamtarbeitsunfähigkeitstage pro Personalmitglied) im Förderschulwesen deutlich höher als im Regelschulwesen. Lediglich die eintägigen Arbeitsunfähigkeiten pro Personalmitglied liegen mit dem Faktor 0,8 im Förderschulwesen etwas tiefer als im Regelschulwesen (Faktor 1,1). Die Gründe hierfür sind allerdings nicht klar.

Stufenweise Wiedereingliederung in den Schulalltag (Berufsalltag)

Seit der Einführung im September 2013 haben 15 Personalmitglieder das Modell der stufenweisen Wiedereingliederung in Anspruch genommen (Stand April 2017). Davon haben zwei Personalmitglieder auf eigenen Wunsch die Wiedereingliederung vorzeitig abgebrochen und sind in den Krankenstand zurückgekehrt.

Pro Schuljahr wurde dieses Modell von nachstehender Anzahl Personalmitglieder genutzt:

- 2013/2014: 2
- 2014/2015: 1
- 2015/2016: 3
- 2016/2017: 9

Ab 2015/2016 und vor allem im Schuljahr 2016/2017 kann ein deutlicher Anstieg der Inanspruchnahme der stufenweisen Wiedereingliederung beobachtet werden. Dies hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass die Schulleitungen im April 2015 schriftlich explizit auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht worden sind.

66 % der Personalmitglieder, die die stufenweise Wiedereingliederung in Anspruch nehmen, sind älter als 50 Jahre.

Arbeitsunfälle im Schuljahr 2015/2016

Insgesamt hat es 51 Arbeitsunfälle gegeben. Davon sind 52 % am Arbeitsplatz geschehen, 38 % auf dem Weg zur Arbeit und 10 % anlässlich eines Schulausflugs.

Von diesen 51 Arbeitsunfällen wurden 76 % mit 0 % Invalidität abgeschlossen, 12 % sind noch offen, 8 % wurden abgelehnt und 4 % wurden abgeschlossen mit einer Invaliditätsrente. Dazu sei erläutert, dass es sich dabei auch um Invaliditätsgrade von lediglich ein oder zwei Prozent handeln kann, die aber trotzdem in die Statistik einfließen.

Auf diese 51 Arbeitsunfälle sind ganze 1.571 Arbeitsunfähigkeitstage zu verbuchen, d. h. fast vier Kalenderjahre. Diese Arbeitsunfähigkeitstage werden außer bei Ablehnung nicht mit dem Krankentagekontingent verrechnet. Die Kosten fallen zu Lasten des Sozialsekretariats Securex und bei Ablehnung zu Lasten des Unterrichtswesens oder der Krankenkasse.

2. Anhörung der Schulakteure

2.1. Anhörung der Elternbund Ostbelgien VoG (EBOB)

Einleitung

Um der Frage nachzugehen, was gute gesunde Schule ausmacht, hat der Ausschuss nicht nur Experten des Unterrichtswesens angehört. Er ist darüber hinaus auch mit den einzelnen Akteuren der Schule – darunter den Eltern – in Dialog getreten. Auf diese Weise soll einerseits eine möglichst realitätsnahe und umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Situation erstellt und sollen andererseits Entwicklungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Bildungspolitik und Schulentwicklung haben nur dann Aussicht auf Erfolg, wenn alle Partner miteinander kooperieren; Neuerungen dürfen keineswegs von einer Schulbehörde oder einer politischen Instanz oktroyiert werden.

Alle Spezialisten sind sich auch einig in der Einschätzung, dass Schule nur dann gelingen kann, wenn eine gute Kooperation zwischen der Elternschaft und den anderen Schulakteuren (Lehrer, Schüler, Schulleiter) besteht.

Aus diesem Grund wurden die Damen und Herren Nicole Enders (Präsidentin), Boris Stumpf, Yanni Meurer-Pip und Astrid Rinne (Vorstandsmitglieder) als Vertreter des EBOB am 3. März 2016 zu einer Anhörung eingeladen. Dabei wurden sie um ihre Meinung zu den nachstehenden fünf Fragen gebeten.

Welches sind die zentralen Erwartungen, die die Eltern an die Primar- und Sekundarschulen richten?

Der EBOB vertritt die Meinung, dass das Schulsystem zwar sehr gut ist, sich aber stets den Herausforderungen der Zeit anpassen muss. Schule muss für alle da sein. Außerdem darf sie sich nicht zu früh spezialisieren. Dabei muss ein differenzierter Unterricht ermöglicht werden.

Wesentliches Unterrichtsziel sollte es sein, den Schülern einen offenen und neugierigen Blick auf das Leben zu ermöglichen. So sollen Schüler ihre individuellen Potenziale erforschen und ihre angeborene Kreativität entwickeln können.

Wie gestaltet sich im Augenblick (IST-Situation) die Kooperation zwischen dem Elternbund bzw. den Elternvereinigungen und den Schulen? Welche Wechselbeziehungen bestehen zwischen Elternhaus und Schule?

Die Zusammenarbeit funktioniert in vielen Schulen sehr gut. In manchen Fällen jedoch wird eine Beteiligung nur einseitig von den Eltern gewünscht, während die Schulen selbst sich diesbezüglich sehr zurückhaltend zeigen. Wenn dann doch einmal die Hilfe der Eltern benötigt wird, dann geht es weniger um pädagogische Fragen als vielmehr um die tatkräftige Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen.

Manche Lehrer und Direktionen befürchten ganz offensichtlich, dass die Eltern sich zu sehr in ihre Arbeit einmischen. Dabei birgt eine aktive Einbeziehung der Eltern viel Potenzial und steigert gegenseitiges Vertrauen und Wertschätzung.

Durch welche Maßnahmen könnten der Dialog und die Kooperation in den kommenden Jahren weiter verbessert werden?

Schule, Eltern und Schüler sollten sich austauschen und sich den Bildungsauftrag und die Verantwortung somit teilen. Die verschiedenen Schulakteure sollten dabei auch in die Ausgestaltung des Schulprojekts einbezogen werden.

Wünschenswert wäre ein vermehrter Einsatz der neuen Medien bei der Kommunikation zwischen Schule und Eltern. Dazu könnten jede Familie und jeder Lehrer eine E-Mail-Adresse in der Schule hinterlegen. Über dieses Kommunikationsmittel könnte der Lehrer auch bei der Entscheidung für Wahlfächer helfen (Feedback der Klassenlehrer an die Eltern).

Durch welche strukturellen und gesetzgeberischen Maßnahmen könnte die Politik dazu beitragen, den Dialog und die Kooperation zwischen Elternhaus und Schule weiter zu verbessern?

Der EBOB würde einen ständigen Vertreter des Eltern- und Schülerrats im Pädagogischen Rat oder in gleichrangigen Gremien jeder Schule begrüßen. So könnten die Eltern aktiver an der Gestaltung der Zukunft der Kinder mitwirken.

Dabei wollen die Elternvertreter die Lehrer weder bevormunden noch kontrollieren, sondern konstruktiv mit ihnen zusammenarbeiten. Der Dialog im Pädagogischen Rat könnte zum Verständnis für die Sorgen und Ängste des anderen führen und Barrieren abbauen.

Die Eltern und Schüler würden im Pädagogischen Rat nicht nur über die Aktivitäten, sondern auch über die komplexen Probleme des Schulalltags besser infor-

miert. Die Lehrer hingegen erhielten ein schnelleres Feedback von den Eltern und Schülern über den Einfluss der Schule auf das familiäre Umfeld des Schülers (Mediennutzung, Hausaufgaben, Schlafrhythmus).

Die Politik ihrerseits sollte die Eltern und Schüler bei gesetzgeberischen Initiativen einbeziehen. Dazu könnten in Schule und Politik Projektgruppen gegründet werden.

Welche Wünsche oder Erwartungen hegt der Elternbund an eine gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert?

Die Vertreter des Elternbunds Ostbelgien legen besonderen Wert auf die nachstehenden Punkte:

- Eine gute Kommunikation zwischen den Schulakteuren,
- mehr Vertrauen in die Schüler und weniger Kontrolle,
- Sprachen früher, aber dafür spielerisch, mit weniger Druck lernen,
- mehr Sprachenunterricht in den berufsbildenden Klassen,
- weniger Lernstoff vermitteln, dafür vertiefen und breiter auffächern,
- kleinere Klassen bzw. mehr Betreuung für eine intensivere Arbeit mit den Schülern,
- erhöhtes Stundenkontingent für soziale Kompetenzen,
- neue Punkteverteilung: auch Fleiß, Engagement im Unterricht bewerten sowie Hausarbeiten, Gruppenarbeiten,...
- Lehrer im Ruhestand für Nachhilfestunden oder als Springer bei Freistunden einbinden,
- professionelle Hilfe für Lehrer mit Disziplinproblemen in der Klasse,
- Hausaufgaben: Auswendiglernen für Prüfungen ist wenig nachhaltig. Unterrichtsstunden und Klassenarbeiten sollten so konzipiert sein, dass eine Klassenarbeit ohne Vorbereitung Zuhause bestanden werden kann. Die Hausaufgaben sollten also nicht dazu genutzt werden, Lerninhalte aufzuarbeiten, für die während des Unterrichts in der Schule keine Zeit blieb, sondern vielmehr positiv für gemeinsame Eltern-Schüler-Tätigkeiten.

2.2. Anhörung der Primarschulleiter

Auch die Primarschulleiter wurden als Akteure des Schullebens zu einer Anhörung eingeladen, die am 24. März 2016 stattfand. Auf die unten angegebenen Fragen antworteten stellvertretend Frau Sandra Meessen, die Koordinatorin des offiziellen subventionierten Unterrichts (OSU), Herr Guido Ossemann, der Leiter des Sekre-

ariats des Katholischen Unterrichtswesens (SKU) für das freie subventionierte Unterrichtswesen (FSU), Frau Karin Plumacher, die Schulleiterin der Grundschule des Königlichen Athenäums Eupen für das Gemeinschaftsunterrichtswesen (GUW) und Herr Dirk Schleihs, der Direktor des Zentrums für Förderpädagogik (ZFP).

Die Antworten überschneiden sich vielfach. Daher wurde zunächst die meist recht ausführliche Antwort des OSU aufgeführt. Beiträge des FSU, GUW bzw. ZFP sind nur dann aufgeführt, wenn sie sich von den Antworten der anderen differenzierten oder diese ergänzten.

Welches sind die zentralen Herausforderungen und gegebenenfalls die Schwierigkeiten und Hemmnisse, mit denen Schulleiterinnen und Schulleiter unserer Primarschulen in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert werden (IST-Situation)? Wie gestaltet sich die Kooperation mit den schulinternen Gremien und den Schulträgern?

OSU: Die Rolle des Schulleiters hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt, ohne dass die Rahmenbedingungen und die zeitlichen Ressourcen angepasst worden wären. So müssen das Personal und die Eltern mehr begleitet und unterstützt werden, Konzepte sind zu erarbeiten und Ähnliches. Viele administrative Aufgaben könnten an einen Sekretär delegiert werden, der aber nicht zur Verfügung steht.

Aufgrund des Personalmangels müssen Schulleiter außerdem häufig für Lehrer einspringen.

Positiv zu bewerten ist die Unterstützung durch die Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung¹⁵, die allerdings auch unterbesetzt ist.

FSU: Es gibt zu viele Neuerungen in schneller Abfolge, beispielsweise die Einführung der Rahmenpläne. Auch die Erstellung der Curricula ist sehr aufwändig, man investiert die Zeit lieber in die Vorbereitung des konkreten Unterrichts.

Der Lehrermangel macht es schwer, den Unterricht aufrechtzuerhalten. Dies gilt besonders für die Förderschule, wo die Zusatzausbildung in Förderpädagogik erforderlich ist. Auch Weiterbildungen des Personals werden aufgrund des Ersatzmangels fast unmöglich.

¹⁵ Die Schulinspektion überprüft gemeinsam mit der jeweiligen Schule die Umsetzung der schulinternen festgelegten Ziele zur Qualitätssicherung und -entwicklung. Ein solches Controlling findet mindestens alle zwei Jahre statt. Die Schulentwicklungsberatung hilft Ihnen, die entsprechenden Ziele und Maßnahmen zur Qualitätssicherung und -entwicklung Ihrer Schule zu planen und konkret umzusetzen. Sie unterstützt ganzheitlich und individuell jede Einzelschule bei ihrem Entwicklungsprozess.

Da das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, Kaleido Ostbelgien, nicht alles anbieten kann, besteht ein Bedarf an Sozialarbeitern und Erziehern in den Schulen. Derzeit kann nur unzureichend auf spezifische Probleme der Eltern und Schüler reagiert werden.

Es finden sehr viele Versammlungen statt, an denen der Schulleiter fast immer teilnehmen muss. Die Normen für den Einsatz eines Koordinators in der Grundschule müssten daher überdacht werden.

G UW: Zur besseren Planung des Schuljahrs sollte die Einschreibefrist (derzeit Ende August) vorverlegt werden.

Als G UW wünscht man sich Entscheidungsfreiräume für den Minister als Schulträger, die nicht immer alle anderen Netze miteinschließen, um spezifisch auf Bedarfe des G UW eingehen zu können.

Um Kontinuität zu gewährleisten, sollte das Personal an die Schulen gebunden werden und nicht durch externe Personen verdrängt werden können, die sich im Vorrang¹⁶ befinden.

Z FP: Für den Umgang beispielsweise mit autistischen Kindern ist qualifiziertes Personal erforderlich. Das Z FP kann daher nicht einfach diejenigen Personalmitglieder einstellen, die ganz oben auf der Vorrangliste stehen, weil diese womöglich nicht über die entsprechende Ausbildung verfügen. Zudem gibt es viele Arten von Beeinträchtigungen, für die das Z FP-Personal nicht über die erforderlichen Kompetenzen verfügt.

Besonders auf Ebene der Primarschulen ist die Kooperation mit Eltern als Erziehungsberechtigte eine wichtige Voraussetzung für die optimale Entwicklung jedes einzelnen Kindes. Wie gestaltet sich die Kooperation mit den Eltern?

OSU: Die Zusammenarbeit läuft von Schule zu Schule sehr unterschiedlich und ist stark personenabhängig. Einige Eltern beteiligen sich durch Leseateliers oder

16 Personalmitglieder des G UW, die mindestens 720 Tage (circa 3 Schuljahre) – davon 600 effektiv geleistete Tage – im betreffenden Amt im G UW gearbeitet haben, deren letzter jährlicher Beurteilungsbericht mindestens mit dem Vermerk „ausreichend“ schließt und die in den letzten 5 Schuljahren beim G UW im Dienst gewesen sind, werden der sogenannten Gruppe 1 zugeteilt. Dort werden sie entsprechend ihren Titeln und Verdiensten anhand einer Punktetabelle („Vorrangliste“) klassiert. Wenn an einer Schule des G UW eine passende Stelle verfügbar ist, kann das am höchsten platzierte Personalmitglied auf der Tabelle für diese Stelle unbefristet eingestellt werden – selbst wenn es vorher nie an der betreffenden Schule beschäftigt gewesen ist.

ähnliches, doch die Elternbeteiligung wird auch häufig kritisch betrachtet und stellt den Schulleiter vor neuen Herausforderungen.

FSU: Die Eltern werden manchmal als fordernd und sogar anmaßend empfunden; immer mehr Erziehungsaufgaben werden auf die Schule abgewälzt.

Die Kommunikation mit zugewanderten Familien ist aufgrund sprachlicher Hürden oft sehr schwierig. Aber auch einheimische Familien sind häufig nicht einfach zu erreichen.

GUW: Bei einigen zugewanderten Eltern ist die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, nur sehr gering ausgeprägt. Sprachkurse für Erwachsene sollten daher verpflichtend sein.

ZFP: Gerade im Förderschulbereich ist das Elternpublikum oft schwierig. Bei Schülern mit Beeinträchtigungen befinden sich viele Eltern in einer Trauerphase und müssen begleitet werden, wofür der Schulleiter aber nicht ausgebildet ist.

Durch welche strukturellen und gesetzgeberischen Maßnahmen könnte die Politik dazu beitragen, das Schulleiterhandeln weiter zu stärken und zu verbessern?

OSU: Schulleiter benötigen mehr zeitliche Ressourcen, um sich ihren eigentlichen Aufgaben widmen zu können. Administrative Aufgaben könnten an einen Sekretär delegiert werden.

Daneben kann auch Teamarbeit entlastend wirken, hierfür müssen aber Freiräume bei den Lehrern geschaffen werden.

Bei der Implementierung von Reformen müssen auch die Rahmenbedingungen berücksichtigt und angepasst werden.

Zur Linderung des Lehrermangels könnte ein Vertretungspool geschaffen werden, was aber schwierig zu realisieren ist.

FSU: Das Koordinatorensystem sollte ausgebaut werden, vor allem in größeren Primarschulen. Zudem ist unterstützendes Personal wie Erzieher, Mittagsaufsichten oder Kinderpfleger, aber auch für die Informations- und Kommunikationstechnik erforderlich.

Bei den Subventionen sollten die Integrationsschüler berücksichtigt werden, zudem sollte ein gleicher Subventionssatz für Kindergartenkinder und Primarschüler vorgesehen werden.

G UW: Ein bezeichneter G UW-Vertreter mit einem gewissen Stundenkapital (wie bei den anderen Netzen) könnte zur besseren Koordination zwischen den Schulleitern beitragen.

Z FP: Es ist ein strukturelles Weiterbildungsangebot in Bezug auf Förderpädagogik erforderlich. In diesem Sinne sollte an der Autonomen Hochschule ein verpflichtendes Weiterbildungsmodul angeboten werden.

Wie können Schulleiterinnen und Schulleiter optimal auf diese zentrale Aufgabe im Hinblick auf die gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert vorbereitet werden und welche Begleitung für die Schulentwicklung wünschen Sie sich?

OSU: Die Schulleiterausbildung ist eine gute Vorbereitung. Allerdings erlauben die vorhandenen Rahmenbedingungen oftmals nicht den Einsatz der dabei erworbenen Kompetenzen. Wünschenswert wären daher berufsbegleitende Weiterbildungen.

FSU: Die Schulleiterausbildung sollte früher ermöglicht werden, damit die Kandidaten ihr Rüstzeug schon vor Antritt des Schulleiteramts erwerben können. Weiterbildungen sollten zudem auch Führungspersonal angeboten werden, das nicht zur Schulleitung gehört.

2.3. Anhörung der Sekundarschulleiter

Die Sekundarschulleiter wurden am 28. April 2016 dazu eingeladen, zu verschiedenen Fragen des Ausschusses Stellung zu beziehen. Stellvertretend antworteten darauf Herr Guido Ossemann, der Leiter des Sekretariats des Katholischen Unterrichtswesens für das freie subventionierte Unterrichtswesen (FSU) und Frau Brigitte Kocks, die Schulleiterin des Robert-Schuman-Instituts Eupen für das Gemeinschaftsunterrichtswesen (GUW). Da sich die Antworten vielfach überschneiden, ist unter GUW nur das angeführt, was die vorherigen Antworten ergänzt.

Welches sind die zentralen Herausforderungen und gegebenenfalls die Schwierigkeiten und Hemmnisse, mit denen Schulleiterinnen und Schulleiter in ihrer täglichen Arbeit konfrontiert werden (IST-Situation)? Wie gestaltet sich die Kooperation mit den schulinternen Gremien (Pädagogischer Rat, Betriebsrat, ...)?

FSU: Die Abfassung von Curricula nimmt viel Zeit in Anspruch. Allerdings fördert sie die Teamarbeit und lohnt sich daher sicherlich langfristig.

Zeitraubend sind auch Versammlungen und Bearbeitungen im Zusammenhang mit Integration und sonderpädagogischem Förderbedarf, die Erstellung des Weiterbildungskonzepts, die interne und externe Evaluation und die Personalgespräche. Zahlreiche neue Maßnahmen erzeugen zusammengenommen Druck und damit Unruhe.

Der Personalmangel macht sich bemerkbar. So ist es beispielsweise sehr schwer, Weiterbildungen zu organisieren und für die Personalmitglieder, die sich gerade in Weiterbildung befinden, Ersatz zu finden.

GUW: Zu den größten Herausforderungen gehört es, die Schulentwicklung in folgenden Bereichen voranzutreiben: Die Entwicklung der Gebäude und Ausstattungen, die Organisationsentwicklung (durch integriertes Qualitätsmanagement), die Gesundheit und Bildung als ganzheitliches Projekt aufeinander zu beziehen sowie die Berücksichtigung technischer Neuerungen in Bezug auf die Ausrüstung und die Personalentwicklung.

Hat die Einführung von Middle-Management-Strukturen an den Sekundarschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einer spürbaren Entlastung der Schulleiter beigetragen und konnten dank dieser Maßnahme Schulentwicklungsprozesse initiiert und umgesetzt werden? Oder war diese Maßnahme nur „ein Tropfen auf dem heißen Stein“? Bedarf es weiterer Unterstützungsangebote?

FSU: Das Middle-Management wird generell als hilfreich empfunden. Die Belastung ist aber aufgrund von Mehraufgaben und neuen Projekten, die die Middle-Manager lancieren, gleich geblieben. In jedem Fall hat das Middle-Management einen weiteren Anstieg der Belastung verhindert.

GUW: Die Einführung des Middle-Managements hat die Professionalisierung der Schulentwicklungsarbeit vorangetrieben. Trotzdem gibt es einen Bedarf an weiterer Unterstützung. Interessierte Lehrer sollten drei bis vier Stunden für die Koordination in ihren jeweiligen Fachteams freigestellt werden können.

Durch welche strukturellen und gesetzgeberischen Maßnahmen könnte die Politik dazu beitragen, das Schulleiterhandeln weiter zu stärken und zu verbessern?

FSU: Ein Schulleiterwechsel sollte begleitet werden, z. B. indem der ausscheidende Schulleiter in eine Art Altersteilzeit tritt und seinen Nachfolger einarbeitet.

Das Amt der Koordinatoren sollte ihrer Leistung entsprechend finanziell aufgewertet werden. Außerdem sollte die Mandatsperiode der Kontinuität wegen von drei auf fünf Jahre erhöht werden.

In Bezug auf Neuerungen wie Notenschutz und Nachteilsausgleich ist fachkundige Unterstützung seitens des ZFP erforderlich, außerdem braucht man zusätzliches Personal für die Informations- und Kommunikationstechnik.

In den technischen Schulen sind Finanzmittel zur Erneuerung des Maschinenparks erforderlich.

G UW: Drängend für das G UW sind u. a. die Stärkung der schulischen Autonomie, Verbesserungen in der Laufbahn- und Personalentwicklung (Berufseinstieg, Ernennung, Arbeitszeit,...), die Einführung eines Vertretungspools und die Taktung des Schuljahrs.

Wie können Schulleiterinnen und Schulleiter optimal auf diese zentrale Aufgabe im Hinblick auf die gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert vorbereitet werden und welche Begleitung für die Schulentwicklung wünschen Sie sich?

FSU: Schulleiterausbildungen sollten regelmäßiger durchgeführt werden, um allen Interessierten einen Platz anbieten zu können. Auch Weiterbildungen für Führungspersonal, das nicht der Schulleitung angehört, wären wünschenswert.

G UW: Ein Schulleiter muss gewisse Grundvoraussetzungen wie Belastbarkeit und Durchsetzungsvermögen mitbringen. Hilfreich sind daneben die Schulleiterausbildung sowie ein Einstieg über die Koordination.

Zu weiteren Bedingungen gehören Managementkompetenz sowie Team- und Kommunikationsfähigkeit.

Für die Schulentwicklung ist eine Begleitung durch die Fachteamkoordination wünschenswert. Außerschulisch sind Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung zuverlässige Partner.

2.4. Schülerwettbewerb „Eure Schule von morgen“

Einleitung

Die Schüler des 5. bis 7. Jahres der Sekundarschulen, des Teilzeitunterrichts und die Auszubildenden der Zentren für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands waren dazu aufgerufen worden, ihre Ideen zur idealen Schule von morgen einzureichen.

EURE SCHULE VON MORGEN

MACHT MIT!

An alle Schülerinnen und Schüler des 5. bis 7. Jahres der Sekundarschulen, des TZU und an die Auszubildenden der ZAWM

Wir brauchen eure Ideen!

Ferienzeiten • Nachprüfungen
Vorbereitung auf das Leben
E-Learning • Projekte • Prüfungen
Sitzenbleiben • Inklusion
Hausaufgaben • Nachhilfe
Schulkantine • Pausen • Respekt
Mobbing • Unterstützung
Beratung • Angst • Langeweile
Freies Denken • Zusammenleben
Studium • Regeln • Unterricht
Nachsitzen • Enttäuschung
Berufswahl • Mitschüler
Wahlfächer • Eandarbeit

PARLAMENT
der Deutschsprachigen
Gemeinschaft



Vorderseite des Werbeflyers

Insgesamt gab es zehn Einsendungen:

- eine 25-seitige Projektarbeit mit dem Titel „Die ideale Schule“ von Auszubildenden des 1. und 2. Lehrjahrs des Zentrums für Aus- und Weiterbildung des Mittelstands Eupen,
- eine dreiseitige Erörterung mit dem Titel „Schule von morgen“ von Clara Schlösser (5. Jahr Pater-Damian-Sekundarschule Eupen),
- eine dreiseitige Ideensammlung von Syna Franck (5. Jahr Pater-Damian-Sekundarschule Eupen),
- eine 13-seitige Projektarbeit mit dem Titel „Unsere Schule von morgen“ von sechs Schülern des 5. Jahrs des César-Franck-Athenäums Kelmis,
- eine zweiseitige Ideensammlung mit dem Titel „Meine Schule von morgen“ von Anna Bernrath (6. Jahr Pater-Damian-Sekundarschule Eupen),
- eine fünfseitige literarische Erzählung mit dem Titel „Oma Falter erzählt aus ihrer Schulzeit“ von Steffi Mobi (6. Jahr Robert-Schuman-Institut Eupen),
- eine künstlerische Installation mit dem Titel « Le grand nettoyage de printemps » von sieben Schülern des Französischkonversationsunterrichts im 6. Jahr der Bischöflichen Schule St. Vith,

- eine zweiseitige Ideensammlung mit dem Titel „Die Schule von morgen“ von drei Schülerinnen des 5. Jahrs der Pater-Damian-Sekundarschule Eupen,
- eine 37-seitige Endarbeit mit dem Titel „Schulreform, Ja oder Nein?“ von Catherine Gassmann (6. Jahr Bischöfliche Schule St. Vith),
- eine Seite mit Ideen zur Schule von Morgen von Schülern des Robert-Schuman-Instituts Eupen.

Ehrung durch Fachjury

Die vier besten Arbeiten wurden von einer Jury bestehend aus Herrn Dr. Ansgar Stracke-Mertes, Frau Joëlle Ramakers (Mitinitiatorin von „Schule im Aufbruch Ostbelgien“) und Herrn Werner Margraff (ehemaliger Fachbereichsleiter am Zentrum für Förderpädagogik) ausgewählt und am 23. Juni 2016 im Rahmen einer öffentlichen Ausschusssitzung ausgezeichnet.

Frau Joëlle Ramakers hielt folgende Laudatio auf die Preisträger¹⁷:

*Liebe Schülerinnen und Schüler,
Sehr geehrter Herr Minister,
Sehr geehrte Damen und Herren,*

als ich die verschiedenen Beiträge gelesen habe, hatte ich dieses Bild vor Augen: ein kleiner Fisch, der die Chance hat kurz aus dem Aquarium zu springen und der ruft „besseres Futter!“ oder „frisches Wasser, bitte!“.

Alles Dinge, die das Leben des Fisches angenehmer machen.

Aber das Aquarium selbst wird nicht in Frage gestellt. Daran hat er gar nicht gedacht - oder hatte sich nicht getraut es zu sagen. Schade!

Schade, denn die Welt braucht Menschen mit Mut!

Die tiefgreifenden Krisen und globalen Herausforderungen von heute und morgen erfordern eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft von Menschen, die sich engagieren. Menschen mit ausgeprägter Problemlösungskompetenz. Wir brauchen Menschen, die zusammenarbeiten. Menschen, die Verantwortung übernehmen.

Das alles fängt mit Beteiligung an. Gerade und insbesondere von Kindern und Jugendlichen. Das Parlament hat Schülerinnen und Schüler eingeladen, ihre Ideen, Gedanken und Bedürfnisse zur Schule von Morgen zu artikulieren. Das ist ein guter Anfang. Und Schüler wissen bestens, was sie zum Lernen brauchen.

¹⁷ Die nachfolgend zitierte Laudatio entspricht der Originalfassung der Laudatorin.

Lassen Sie mich einige Forderungen zusammenfassen, die aus den verschiedenen Beiträgen zu lesen sind:

- Mehr Selbstbestimmung!

Dass Jugendliche im Jahr 2016 ihre Lehrer um Erlaubnis fragen müssen um zu trinken oder zur Toilette zu gehen ist unfassbar. Das ist die Schule von gestern!

- Interessanter Unterricht!

Dazu braucht es motivierte Lehrer, neue Medien und Pädagogen statt Wissensvermittler. Auch die Beziehung zum Lehrer und ein Dialog auf Augenhöhe sind erwünscht.

- Kooperation!

Schüler wollen zusammenarbeiten. In Projekten, in fächer- und altersübergreifenden Unterrichten. Sie wollen Unterricht selbst gestalten!

- Nützlich!

Sie wollen Dinge lernen, die sie interessieren, die lebenspraktisch sind.

- Wohlbefinden!

Dazu gab es die meisten Vorschläge. Schülerinnen und Schüler wollen sich in der Schule, auf dem Pausenhof und in der Kantine wohl fühlen. Dazu gibt es ganz viele kreative und umsetzbare Ideen.

Liebe Schulleiterinnen und Schulleiter: Lassen Sie sie machen! Ermöglichen und fördern Sie Engagement in der Schule! Übertragen Sie Verantwortung und machen Sie Platz für echte Erfolgserlebnisse und Selbstwirksamkeit!

Aber seien wir doch mal ehrlich. Das alles betrifft doch die Schule von heute. Das alles spielt sich im Aquarium an! Dieses Aquarium ist eine künstlich geschaffene Umgebung und ist nicht mehr zeitgemäß.

- Schluss mit einseitiger Ausrichtung auf kognitive Wissensvermittlung!

- Schluss mit dem dominierenden Konkurrenzprinzip, dem Notendruck!

- Schluss mit der vermeintlichen Altershomogenität! Dass 30 gleichaltrige Schüler sich zum selben Zeitpunkt für das Gleiche interessieren und den Stoff auf die gleiche Weise aufnehmen ist unrealistisch.

Wir müssen Schule ganz neu denken.

Die Schulen der DG müssen sich heute auf den Weg machen, um zu den Schulen von morgen zu gehören.

Dazu möchte ich alle Schulleiter ermutigen, den schon bestehenden Spielraum der Rahmenpläne stärker zu nutzen.

Aber natürlich erfordert es viel mehr als das. Wir können uns glücklich schätzen. Die Gesetzgebungshoheit ermöglicht uns, radikale Transformationsprozesse im Unterrichtswesen anzugehen, anstatt in kleinen, zeitaufwendigen „Reformen“ das Bestehende zu optimieren.

Wir müssen nur wollen. Und dazu braucht es Mut.

Und Vorbilder. Aber die gibt es überall in Europa. Schauen Sie sich an, was alles möglich ist, anstatt zu sagen, dass es bei uns nicht geht!

Lassen Sie uns die Kleinheit der DG nutzen, um guten und innovativen Unterricht in unsere brandneuen Schulgebäude zu bringen. Nur so kann die Bildungslandschaft tatsächlich als Standortfaktor gelten, so wie es im REK II¹⁸ steht.

Wir wollen Kinder und Jugendliche darin begleiten, zu Akteuren der Veränderung zu werden. Hören wir auf, sie in Schulen zu fügsamen Bildungskonsumenten zu formen!

Schule in der DG muss auf neue Lernformen setzen und auf eine wertschätzende Lern- und Beziehungskultur.

Ein Schulmodell, in dem im Stundentakt Fach und Lehrer gewechselt werden und alle zu jedem Zeitpunkt dasselbe tun, kann das nicht schaffen!

Eine Lernkultur, die Potenziale entfalten lässt, erfordert einen echten Musterbruch. Ein Neudenken des Grundmodells Schule.

Liebe Schülerinnen und Schüler,

Ich möchte euch herzlich dafür danken, dass ihr euch Gedanken gemacht habt. Danke für eure Ideen, wie Schule sofort ab heute und ohne große Reformen schon verbessert werden kann. Ich wünsche euch, dass ihr künftig noch größer denkt und den Mut habt, auch mal gegen den Strom zu schwimmen.

Ich will Sie nun nicht länger auf die Folter spannen und komme zum Wettbewerb selbst.

Zehn sehr unterschiedliche Beiträge lagen der Jury vor. Wie sind wir bei der Auswahl vorgegangen? Es war uns wichtig, nicht zwischen guten oder schlechten Ideen zu unterscheiden. Alle Beiträge sind gut und werden dem Ausschuss III sicherlich wertvolle Denkanstöße geben.

Wir haben besonders kreative, eigenständig erarbeitete und gut präsentierte Beiträge ausgezeichnet.

Ich komme nun zur Preisverleihung:

Den dritten Preis möchten wir Steffi Mobi vom RSI Eupen verleihen. Ihren originellen Beitrag hat sie als aufwendige Erzählung in drei Kapiteln eingereicht. Überzeugend fanden wir auch ihren dringenden Appell, den Prüfungskalender und den Notendruck kritisch zu überdenken. Dass dies allerdings erst im Jahre 2050 Realität wird, ist hoffentlich ebenfalls Fiktion. Herzlichen Glückwunsch!

Wir haben uns die Freiheit genommen, einen weiteren dritten Preis zu vergeben, der in der Form ganz anders ist. Die Erörterung von Clara Schlösser, PDS Eupen, enthält klare und mutige Forderungen an die Schule von morgen und prägte mit dem Schlusssatz „Die Schule von morgen kann nur eine andere Schule werden, wenn die Veränderung jetzt stattfindet“. Herzlichen Glückwunsch, Clara Schlösser!

Die grafisch fröhliche und sehr gepflegte Aufmachung des Beitrags des Cäsar-Franck Athenäums Kelmis hat uns sehr gut gefallen. Adriana, Corina, Joëlle, Lejla, Sara und Thiago haben sehr konkrete Ideen ausgearbeitet, den Schwierigkeitsgrad der Umsetzung mit bedacht und sogar ein Lehrzeugnis entworfen, welches im Prinzip gleich morgen angewandt werden könnten.

Herzlichen Glückwunsch zum 2. Preis!

Unser Favorit ist... « Le grand nettoyage de printemps » aus der Bischöflichen Schule Sankt Vith. Die Skulptur zeugt von Mut, die üblichen Darstellungsformen zu verlassen und steht symbolisch für alles Althergebrachte, was in der Schule entsorgt werden muss damit dort wieder ein frischer Wind weht. Eine fächerübergreifende Arbeit auf Französisch, deren Verkaufsargumente uns überzeugt haben. Jana, David, Vanessa, Jenna, Kristina, Julia und Maria herzlichen Glückwunsch zum ersten Preis!

Ich bin nun sehr gespannt, die Schülerinnen und Schüler selbst zu ihren Beiträgen zu hören und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

1. Preis: « le grand nettoyage de printemps »

Den ersten Preis erhielten sieben Schüler des Französischkonversationsunterrichts im sechsten Jahr der Bischöflichen Schule St. Vith für ihre künstlerische Installation mit dem Titel « Le grand nettoyage de printemps » (zu Deutsch: „Der große Frühjahrsputz“). Dahinter steckt die Idee, all das zu entfernen, was man am Schulsystem nicht mag, und es durch neue Vorschläge zu ersetzen.

Die Arbeit besteht aus einer Ansammlung verschiedener Putz-utensilien, deren Etiketten von den Schülern angepasst wurden. Dabei stehen die vier Putzmittelflaschen für vier übergeordnete Themen.

Das Putzmittel « Anti redoublement » (Anti-Sitzenbleiben) soll also dem Sitzenbleiben entgegenwirken. So wird niemand aus seinem Freundeskreis in der Klasse gerissen, schließlich ist der Kontakt zu Freunden für junge Menschen sehr wichtig. Ohne Sitzenbleiben gewinnen die Schüler 365 zusätzliche Tage, in denen sie ihre Zukunftsperspektiven verbessern können. So können sie früher studieren oder einer Arbeit nachgehen. Zu den Inhaltsstoffen, die auf dem Etikett dieses Putzmittels angegeben sind, gehören Nachhilfkurse in der Schule sowie ein modularer Unterricht, sodass die Schüler bei einem Misserfolg nur dieses Modul nacharbeiten müssen, um das Jahr zu bestehen.

Die zweite Flasche trägt die Aufschrift « L'organisation générale » (Allgemeine Organisation) und den Slogan « L'organisation nouvelle génération » (Organisation der neuen Generation). Dahinter steckt u. a. die Idee, dass man gerne mehr kreative Kurse hätte und dafür weniger Pflichtkurse. Außerdem sollten die Ferien besser auf das Schuljahr verteilt werden (z. B. sechs Wochen Ferien im Sommer, zwei Wochen Allerheiligen und zwei Wochen Karneval). Die Schule könnte bis 17 Uhr dauern, dafür sollten die Hausaufgaben reduziert werden und es sollten kreative Kurse wie Kochen, Musik und Nähen angeboten werden.

Das dritte Produkt nennt sich « Le bien-être » (Wohlbefinden) und ist mit drei Werbeslogans versehen: « Dites adieu à l'ennui à l'école » (Sagt der Langeweile in der Schule auf Wiedersehen), « Nous voulons être plus actifs ! » (Wir wollen aktiver sein!) und « Le meilleur pour les élèves ! » (Das Beste für die Schüler!). Das Produkt enthält zudem konkrete Vorschläge, um das Wohlbefinden der Schüler zu verbessern. So sollte die Möglichkeit geschaffen werden, sich nach dem Sportunterricht zu duschen. Drehbare Tische und Stühle würden Gruppenarbeiten erleichtern und mit dynamischen Aktivitäten wären die Schüler aufmerksamer in der Klasse. Ebenfalls wünschenswert wären helle Klassenräume, eine gute Belüftung, (vegetarische) Sandwichs am Mittag und Wasserspender in den Fluren.

Die letzte Flasche mit der Bezeichnung « La vie adulte » (das Erwachsenenleben) weist die Slogans « Élargissez votre horizon ! » (Erweitert euren Horizont!) und « Dites bonjour au monde ! » (Sagt der Welt guten Tag!) auf. Das Mittel – und damit die Schule – soll erstens dabei helfen, Alltagsaufgaben im Erwachsenenleben zu bewältigen (Umgang mit Geld, Verträge verstehen) und zweitens, die ersten Schritte im Erwachsenenleben zu machen (durch praxisbezogene Kurse, Praktika in Unternehmen, Vorstellungsgespräche).

Diesen Mitteln wurden kleinere Accessoires hinzugefügt wie Putzschwämme, ein Handfeger und verschiedene Abfälle, die das versinnbildlichen, was aus dem Schulsystem entfernt werden soll. So sollen die Schüler weniger Druck ausgesetzt werden, der durch stundenlanges Lernen für Klassenarbeiten und das Erledigen

erzählt Steffi Mobi eine Geschichte, die im Jahr 2100 angesiedelt ist. Die Oma reflektiert darin über ihre Erinnerungen an die Schulzeit und ist erleichtert darüber, dass in der Gegenwart Nachprüfungen schon im Juni organisiert werden, dass den Abiturienten Freistunden für die Arbeit an Endarbeiten eingeräumt werden und dass man nicht mehr Sitzenbleiben kann, weil man in einem für den Studiengang unbedeutenden Nebenfach keine 50 % erreicht.

3. Platz: „Schule von morgen“

Clara Schlösser aus Raeren besucht die Pater-Damian-Sekundarschule in Eupen und hat eine Erörterung zur Schule von morgen geschrieben. Ihrer Meinung nach soll die Schule auf das Leben vorbereiten. Dazu gehört auch, dass digitale Medien und neue Technologien im Unterricht genutzt werden.

Wichtig ist daneben, dass die Lehrer im Team arbeiten, um bestimmte Themen, beispielsweise den Klimawandel, fächerübergreifend aufzuarbeiten. Außerdem sollte der Lernstoff eigenständig erarbeitet und nicht nur auswendig gelernt werden.

Die Tendenz zu einem immer fachspezifischeren Unterricht sollte zugunsten eines allgemeinbildenden Unterrichts gestoppt werden. In Zukunft kommt es nicht mehr auf Faktenwissen an, sondern darauf, komplexen Problemen mit immer neuen Ansätzen zu begegnen. Im Unterricht sollte auch Kunst, Musik und Literatur vermittelt werden, da diese Fächer die Basis unserer kulturellen Identität sind.

2.5. Diskussionsabend „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“

(Nico Hirtt und Dr. Andrea Szukala)

Am 5. Oktober 2016, dem Weltlehrertag, organisierte der Ausschuss in Zusammenarbeit mit der Autonomen Hochschule und dem Kabinett des Unterrichtsministers eine Veranstaltung mit dem Titel „Schule und Gesellschaft – eine spannungsgeladene Beziehung“.

Die Veranstaltung war vor allem als Diskussionsnachmittag mit dem Publikum angelegt, das im Wesentlichen aus Schulleitern und Lehrern, aber auch Eltern und anderen Interessenten bestand. Im Vorfeld der Diskussion gab es zwei Impulsreferate zum Thema.

In einer Demokratie ist Bildung nicht (nur) ein Recht. Sie ist eine Pflicht (von Nico Hirtt)

Herr Hirtt legte in seinem Vortrag dar, dass die Schule im klassischen humanistischen Diskurs nach dem französischen Philosophen Marie Jean Antoine Nicolas Caritat, Marquis de Condorcet (1743-1794) zur Aufgabe hat, die Gleichheit der Bürger sicherzustellen (Chancengleichheit, Gleichheit vor dem Gesetz). Die Schule kann diese Aufgabe jedoch nicht erfüllen: Die Ungleichheit erwächst nicht aus der Bildung, sondern aus der Gesellschaft. Aus dieser Tatsache leitete er die Frage nach den tatsächlichen Aufgaben der Schule ab und warf dafür ein Blick auf die Geschichte.

Am Anfang war die Schule eine Einrichtung zur Ausbildung und Erziehung der sozialen und politischen Eliten. Die Kinder aus dem einfachen Volk hingegen erhielten eine Ausbildung und Erziehung am Arbeitsplatz und mit Bezug zu dieser Arbeit.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts reduziert die Maschinerisierung die Nachfrage nach qualifizierten Arbeitern. Diese Dequalifizierung und Urbanisierung zerstören die herkömmlichen Orte der Sozialisierung der Kinder aus dem Volk (die Berufsausbildung und die ländliche Familie). Die Schule ist daher vor allem eine Einrichtung zur Resozialisierung.

Am Ausgang des 19. Jahrhunderts wird die Schule angesichts der zunehmenden Kriegsgefahr zwischen imperialistischen Mächten und in Anbetracht der Gefahren, die von den Arbeiterrevolutionen ausgehen, zu einem veritablen ideologischen Staatsapparat mit dem Auftrag, die Liebe zum Vaterland und den bestehenden Institutionen einzuimpfen.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts beanspruchen die Massentechnologien (Elektrik, Mechanik) wieder mehr qualifizierte Arbeiter. Der technische und berufliche Unterricht wird daher immer wichtiger, jedoch haben nur die Besten Zugang zu diesen Studiengängen. Die Schule wird damit zum Ort der beruflichen Ausbildung und der meritokratischen¹⁹ Selektion.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kommt es zu einer Vermassung des Sekundarunterrichts, aber auch des Schulversagens. Die meritokratische Selektion weicht einer

19 Die Meritokratie bezeichnet die gesellschaftliche Vorherrschaft einer durch Leistung und Verdienst ausgezeichneten Bevölkerungsschicht (siehe <http://www.duden.de/rechtschreibung/Meritokratie>, letzter Zugriff: 15.03.2017).

negativen Selektion durch Versagen. Die Schule sortiert nach sozialer Herkunft und wird zu einer Instanz der generationenübergreifenden Reproduktion sozialer Ungleichheit.

Seit 1980 befindet sich die Schule im Zeitalter der Krisen und des verschärften Konkurrenzkampfes. Sie muss der Wirtschaft zu Diensten sein, und das zu möglichst geringen Kosten. Der Arbeitsmarkt polarisiert sich und fordert Flexibilität. Die Schule reagiert darauf, indem sie sich auf die Kompetenzen konzentriert und sich dem Wettbewerb öffnet. Der Einzelne ist für seine (Weiter-)Bildung selbst verantwortlich.

Die bisherige Aufgabe der Schule war es, die Reproduktionsbedingungen der bestehenden Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Allerdings steuert diese Gesellschaft mit hoher Geschwindigkeit auf soziale, kulturelle und ökologische Katastrophen zu. Welche neue Rolle also kann die Schule unter diesen Bedingungen einnehmen?

Es gibt drei Bedingungen der Demokratie:

- 1) demokratische Institutionen,
- 2) der Demokratiebereich erstreckt sich auf das gesamte gemeinschaftliche Leben,
- 3) die Fähigkeit der Bürger, die Herausforderungen des demokratischen Diskurses zu erfassen.

Die erste Bedingung ist mehr oder weniger erfüllt, die zweite jedoch nicht. Was ist nun mit der dritten Bedingung? Einige Zahlen aus zwei Untersuchungen der Aped zeigen, dass wir noch längst nicht am Ziel sind. Danach verfügen die Schüler über ein weitgehend defizitäres Wissen/Verständnis von Problemen wie dem Klimawandel und den Beziehungen zwischen Nord und Süd.

Wir müssen unsere Sichtweise auf die Schule und das schulische Wissen ändern und den Schülern zu sagen wagen: Lernt, denn das ist die Voraussetzung dafür, dass ihr, als Bürger, eurer Schicksal selbst bestimmen könnt. Es ist die Voraussetzung dafür, die Welt verändern zu können – sie also zu einem wirklich demokratischen Ort zu machen – und eure Rolle vollständig wahrzunehmen.

Allerdings muss auch die Unterrichtspolitik an dieses Ziel angepasst werden: Es braucht Programme und Studiengänge, die eine breite allgemeine und technische Ausbildung für alle gewährleisten, und das ohne verfrühte Selektion und mit materiellen und personellen Mitteln, die diesen Ambitionen würdig sind.

Wertebildung in der multikulturellen Gesellschaft: (K)eine Aufgabe der Schule? (von Prof. Dr. Andrea Szukala)

Prof. Szukala vertritt in ihrem Referat die Ansicht, dass die derzeitige Debatte um die Rolle der Schule bei der Frage, wie in der Gesellschaft der soziale und politische Zusammenhang gestärkt werden kann, von großer Ratlosigkeit geprägt ist.

Die Werteerziehung in der Schule ist unter dem Eindruck der terroristischen Attentate in einigen Ländern Europas einem rasanten Umbau unterzogen. Er ist geprägt durch die Suche nach Werten des Gemeinsamen und des gesellschaftlichen Zusammenhalts, um der gesellschaftlichen Spaltung entgegenzuwirken.

Aber woher rührt dieser neue Appetit auf Werteerziehung eigentlich?

Soziologisch gesehen gehört es zu den grundlegenden Funktionen der Schule, die Bedarfe der Wirtschaft nach Humanressourcen zu befriedigen. Dies hat sich vor allem in den letzten zwanzig Jahren der Turboglobalisierung immer weiter manifestiert. Die Leistungen der Schule für gesellschaftliche und politische Integration sind dabei völlig in den Hintergrund gedrängt worden.

Dabei darf man allerdings nicht vergessen, dass angesichts der immer stärkeren Individualisierung und Fragmentierung in der modernen Gesellschaft Schulen heute fast die einzigen gemeinsam verbindlichen sozialen Räume für Integrationsprozesse bieten.

Um junge Menschen auf ihre künftige Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten, müssen grundlegende Zivilisations-, Sozialisations- und Bildungsstandards vermittelt werden. Das moderne Schulwesen trägt zur Demokratisierung der Gesellschaft bei, indem es die Schüler durch Vermittlung wissenschaftlich gesicherten Wissens zu mündigen Bürgern macht und auf diese Weise die Werte der Freiheit, Gleichheit und Gemeinwohlorientierung verteidigt.

Seit der Bildungsexpansion vor allem der 1960er- und 1970er-Jahre beziehen sich die Bildungsangebote auf das gesamte soziale Bevölkerungsspektrum und nicht mehr nur auf privilegierte Eliten. Der berufliche Status ist nunmehr das Produkt der individuellen Leistung (meritokratisches Prinzip). Allerdings erzeugt das Leistungsprinzip auch hohen Druck und ist hochgradig selektiv. Dadurch entstehen Bildungsdilemmata, da zugleich der Anspruch aufrechterhalten wird, die Befähigung jedes Einzelnen so weit zu fördern, dass Egalität möglichst breit hergestellt werden kann.

Die Expansion von Bildung, die mit dem aktuellen Großprojekt der inklusiven Bildung²⁰ in eine neue Phase tritt, hat also letztlich nicht zur Wahrnehmung geführt, dass die Chancengleichheit im Bildungssystem angemessen ist.

Studien haben zudem einen Zusammenhang zwischen niedriger Bildung und verringertem politischer Teilhabe belegt. Sie zeigen damit deutlich die Leistungsgrenzen der heutigen Bildungssysteme für die Stabilisierung und Integration des Gesellschaftssystems. Aber auch das demokratische Versprechen stößt an seine Grenzen. Die Bürger haben sich von demokratischen Prozessen und den politischen Eliten entfremdet, weil kaum noch wertgesteuerte Debatten über eine gemeinwohlorientierte Politik stattfinden und zugleich die Wirksamkeit von politischem Handeln als sehr gering eingeschätzt wird.

In der Postmoderne, die von Subjektivierung und Individualisierung geprägt ist, sind wir nicht mehr mit Ansprüchen auf Gleichbehandlung, sondern vielmehr mit solchen auf Anerkennung von Differenz konfrontiert. Es ist allerdings schwierig zu definieren, von welchem großen Ganzen diese Differenz anerkannt werden soll, wenn nicht klar ist, was dieses große Ganze sein soll und wer wem gegenüber zur Toleranz verpflichtet werden darf.

Daraus folgt, dass es plurale Versionen der Gesellschaft und somit sehr verschiedene abgeleitete Werte gibt. Derzeit gibt es eine starke Gegenreaktion auf diese Situation durch den manifestierten Wunsch einiger gesellschaftlicher Gruppen nach einer normativ homogenisierenden Werteeziehung im Sinne einer gefühlten „Leitkultur“. Dies ist aber eine rückwärtsgerandete Lösung ohne politische Legitimation oder pädagogische Fundierung.

Im Gegenteil muss der Vielfalt Raum geboten werden, insbesondere in schulischen Kontexten. Außerdem muss der frühzeitigen Segregation²¹ in der Schulbildung entgegengewirkt werden. Die frühe Differenzierung der Schüler in unterschiedliche Bildungstypen trägt von Beginn an nicht zum Erleben des „Gemeinsamen“ bei.

Lehrer stehen vor enormen Herausforderungen. Sie können die neuen Curricula nicht glaubwürdig in der Klasse umsetzen und fühlen sich andererseits von der

20 „Inklusion im Bildungsbereich bedeutet, dass allen Menschen die gleichen Möglichkeiten offen stehen, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale entwickeln zu können, unabhängig von besonderen Lernbedürfnissen, Geschlecht, sozialen und ökonomischen Voraussetzungen.“ (Quelle: <https://www.unesco.de/bildung/inklusive-bildung.html>).

21 In der Soziologie handelt es sich dabei um die Trennung von Personengruppen mit gleichen sozialen (religiösen, ethnischen, schichtspezifischen u. a.) Merkmalen von Personengruppen mit anderen Merkmalen, um Kontakte untereinander zu vermeiden. (Quelle: Lemma „Segregation“. In: *Duden Deutsches Universalwörterbuch*, 7. Auflage, Dudenverlag Berlin 2014).

(überhöhten) gesellschaftlichen Erwartung an die Leistung von Schule überfordert. Auch haben die Eltern überdehnte Anforderungen an die individuelle Förderung ihrer Kinder. Würden die Lehrer dem nachgeben, würde dies wiederum dem „Gemeinsamen“ entgegenstehen.

Es gibt Tendenzen, Werterziehung als Erziehung zur geltenden Sitte aufzufassen. Dies entspringt der Fürsorgepflicht, junge Einwanderer und Geflüchtete zu sozialisieren und zu „disziplinieren“. Damit unterstützt man allerdings nicht kritisches Denken und das Einsozialisieren in die westlichen Demokratien und trifft auch nicht die Erwartungen der Geflüchteten, die sich vielfach mit großem demokratischem Engagement an schulischen Prozessen beteiligen möchten.

Wir sollten uns also nicht an festliegenden Wertekatalogen abarbeiten, sondern an den Haltungen, die wir einnehmen, wenn wir um Wertorientierungen ringen und streiten. Und diese Haltungen müssen immer wieder überprüft werden.

Diskussion

Im Anschluss an die beiden Referate entspann sich eine interessante Diskussion zwischen dem Publikum und den Referenten.

Extreme Devianzen²² in der Gesellschaft

Ein Zuschauer griff die von Prof. Szukala angesprochenen extremen Devianzen in der heutigen Gesellschaft auf. Nach seiner Ansicht soll die Schule diese zwar aufgreifen und mit den Schülern besprechen, sich dann aber auf die Mitte konzentrieren, die alle Schüler verbindet.

Nach Meinung von Prof. Szukala existiert eine solche Mitte gar nicht. Gerade Sozialkundelehrer haben beispielsweise häufig eine kritische Haltung gegenüber der Gesellschaft und konzentrieren sich auch im schulischen Kontext eher auf die Dinge, die nicht gut laufen. Inzwischen fällt es vielen schwer, überhaupt zu definieren, was der positive Kern der westlichen Demokratien sein kann.

Man sucht aber zunehmend nach solchen positiven Elementen, und aus diesem Grund fördere beispielsweise das bundesdeutsche Bundesministerium für Bildung und Forschung derzeit ein Forschungsprojekt mit dem Titel „Zusammenhalt stärken in Zeiten von Krisen und Umbrüchen“.

²² In der Soziologie: Abweichung von der Norm (Quelle: Lemma „Devianz“. In: *Duden Deutsches Universalwörterbuch*, 7. Auflage, Dudenverlag Berlin 2014).

Wertevermittlung durch die Schule

Werte wie Zusammenarbeit oder Solidarität können und sollen von der Schule vermittelt werden, so Nico Hirtt. So sollen die Schüler nach und nach zu Akteuren nicht nur der Schule, sondern des sozialen Lebens herangezogen werden. Dazu muss eine Art Pseudodemokratie in der Schule errichtet werden, um die Beteiligung der Schüler zu verbessern – selbst wenn die schulischen Hierarchien und die Ungleichheit zwischen Lehrern und Schülern weiter bestehen bleiben.

Wenn man beispielsweise im Physikunterricht ein langfristiges technisches Projekt mit den Schülern durchführt, dann lernen sie nach Meinung von Herrn Hirtt neben Physik auch, in der Gruppe zusammenzuarbeiten, Projekte gemeinsam durchzuführen oder Konflikte gemeinsam zu lösen.

Ansonsten ist es nicht die vorrangige Aufgabe der Schule, den Schülern Werte zu vermitteln oder bestimmte Denkpositionen einzuimpfen – beispielsweise, dass unser Gesellschaftsmodell das bestmögliche wäre. Die Schule soll den Schülern vielmehr dazu verhelfen, sich ihr eigenes kritisches Urteil zu bilden. So ist die derzeitige Demokratie nicht etwas, das es zu verteidigen gilt sondern vielmehr etwas, das immer weiter ausgebaut und verbessert werden muss. Und dessen müssen sich die Schüler als kritische Bürger bewusst werden.

Die Demokratie ist bei Weitem nicht perfekt. So kann man als Verbraucher beispielsweise einerseits zwar entscheiden, welche Produkte man im Supermarkt kauft. Allerdings wird das, was man dort findet, was also produziert wird, nicht durch eine demokratische Wahl entschieden, sondern durch den Markt. Der Markt und die Eigentümer des Kapitals haben daher nach Meinung von Herrn Hirtt viel zu viel Macht in unserer Gesellschaft.

Prof. Szukala war ebenfalls der Meinung, dass die Schule statt Werte eher Haltungen vermitteln soll. Schon seit den 1960er-Jahren arbeitet man daran, die Gesellschaft immer weiter zu demokratisieren. Allerdings hat man festgestellt, dass die meisten Bürger sich nicht täglich mit Fragen zu Demokratie auseinandersetzen wollen, weil diese zu komplex sind.

Sie erinnerte daran, dass derzeit gerade in Deutschland viele Menschen im Rahmen der Pegida²³-Demonstrationen auf die Straße gehen. Allerdings geht es hier

23 „Pegida“ steht als Abkürzung für „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands“. Es handelt sich dabei um eine fremdenfeindliche und rechtspopulistische Organisation, die seit Oktober 2014 in Dresden Demonstrationen gegen eine von ihr behauptete Islamisierung sowie die deutsche und europäische Einwanderungs- und Asylpolitik organisiert (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Pegida>, letzter Zugriff: 06.09.2017).

nicht um mehr Volksdemokratie, sondern im Gegenteil darum, das Repräsentationsprinzip abzuschaffen.

Die immer eingehendere Demokratisierung und Bürgerpartizipation hat nach Ansicht von Prof. Szukala eine starke Klassenkomponente: Vor allem gebildete Personen verwirklichen sich in diesen Partizipationsmustern, andere Gesellschaftsklassen bleiben außen vor.

Beziehung zwischen Schule und Gesellschaft

Ein Ausschussmitglied stellte die Frage, ob Schule und Gesellschaft wirklich gleichwertige Partner sind oder ob es nicht vielmehr so ist, dass die Schule gesellschaftlichen Entwicklungen stets hinterherhinkt und dann versucht, adäquate Antworten zu finden.

Prof. Szukala war umgekehrt der Meinung, dass die Schüler Gradmesser gesellschaftlicher Entwicklungen sind und die Lehrer somit als erstes über solche Entwicklungen und Veränderungen informiert werden. Sie bekommen mit, wie die Familienmodelle sich veränderten oder welche Religionen ausgeübt werden. Allerdings gestand sie zu, dass die Curricula, die Didaktik, die Schulbücher immer veraltet sind.

Herr Hirtt sah kein Problem darin, dass die Schule nicht mit der gesellschaftlichen Entwicklung gleichgeschaltet ist. Es gibt Stimmen, die fordern, dass die Schule sich an Entwicklungen wie die Allgegenwärtigkeit von Technik und Informatik oder die Diktatur des Bildes über andere Ausdrucks- und Kommunikationsformen anpassen soll. Den Schülern soll eine individuelle Wahl zugestanden werden, statt ihnen zentral Programme aufzuerlegen. Auch sollte der Informations- und Kommunikationstechnologie mehr Raum in der Schule zur Verfügung gestellt werden, weil die Schüler an diesen Zugang zu Wissen gewöhnt sind.

Er war sogar der Meinung, dass die Schule sich solchen Entwicklungen im Gegenteil auch manchmal widersetzen muss. Er verwies dabei auf die Polarisierung des Arbeitsmarkts seit den 1990er-Jahren: Inzwischen werden vor allem besonders hoch- und besonders geringqualifizierte Arbeitnehmer gesucht. Mit internationalen Erhebungen wie dem Pisatest hat man festgestellt, dass die sozialen Ungleichheiten im Bildungssystem seit 2000 immer größer werden. Es gibt also einen immer breiteren Graben zwischen den leistungsstärksten und den leistungsschwächsten Schülern.

Diese Steigerung der sozialen Ungleichheit in der Schule ist nicht Ausdruck eines Missverhältnisses zwischen der Schule und den gesellschaftlichen Entwicklungen,

sondern leider im Gegenteil Ausdruck einer Übereinstimmung zwischen der Schule und den Entwicklungen in ihrem sozialen und wirtschaftlichen Umfeld. Eine noch eingehendere Anpassung der Schule an die Gesellschaft wäre daher nicht wünschenswert.

Schulautonomie

Prof. Szukala hielt dafür, dass Lehrer gestärkt werden müssen; es muss ihnen die Autorität, die sie früher besessen haben, ein Stück weit wiedergegeben werden. Die Wege zur Erarbeitung wirksamer pädagogischer Haltungen bei den reflektierten Praktikern sind hinlänglich bekannt.

Die ständigen Testungen, denen Lehrer und Schüler unterzogen werden, sowie die Kompetenzorientierung, die sich in den letzten zehn Jahren durchgesetzt hat, hindern die Lehrer nach Meinung von Prof. Szukala daran, die pädagogische Arbeit in Kooperation mit den Schülern vernünftig auszuführen.

Schulen müssen weg von der Überregulierung. Es müssen ihnen Räume zur Entwicklung in unterschiedlichen Richtungen gegeben werden. Man soll sich auf die Lehrer verlassen, die fähige Pädagogen sind und somit wissen, was sie tun.

Herr Hirtt kam ebenfalls auf die Kompetenzorientierung zu sprechen, die Ende der 1990er-Jahre und Anfang der 2000er-Jahre in der Französischen Gemeinschaft eingeführt worden ist. Zu Beginn herrschte eine Aufbruchsstimmung; man fühlte sich als Erben einer konstruktivistischen Pädagogik²⁴. Dann aber gab es neue Programme, die die Arbeit der Lehrer in ein extrem rigides Korsett schnürten. Die Lehrer wurden zu einer sehr bürokratischen Herangehensweise an ihre Arbeit gezwungen, um den Vorgaben des Programms gerecht werden zu können.

Diese Programme bestehen laut Herrn Hirtt zu einem sehr großen Teil aus pädagogischen Vorschriften, während sich nur ein verschwindend geringer Teil den zu unterrichtenden Inhalten widmet. Sie waren also hinsichtlich der pädagogischen Praxis äußerst streng, und dafür sehr vage in Bezug auf die Unterrichtsinhalte. Damit war überhaupt nicht klar, welches Anforderungsniveau gefordert wird.

24 „Der Konstruktivismus ist eine neurowissenschaftlich begründete Lern- und Erkenntnistheorie, die [...] eine pädagogische Wende von der Wissensvermittlung zur Unterstützung von selbst gesteuerten Lernprozessen anregt.“ (nach https://www.beltz.de/fachmedien/paedagogik/buecher/produkt_produktdetails/708-paedagogischer_konstruktivismus.html, letzter Zugriff: 06.09.2017)

Im Grunde konnte ein Lehrer machen, was er wollte. Aber das bedeutet letztlich, dass ein Lehrer das tut, was er kann. Er passt seinen Unterricht also an seine Schüler an, was die Segregation in der Schule noch weiter verstärkt.

Eigentlich ist also das genaue Gegenteil gefordert: Die Behörden müssen den Schulen vorschreiben, was sie zu unterrichten haben. Denn wenn jede Schule tut, was sie will, dann entzieht sie sich dem demokratischen Diskurs. Die Art und Weise jedoch, wie der Unterricht vermittelt wird, die Didaktik und die Pädagogik, sollten dem Lehrer überlassen bleiben.

3. Resümee und Ausblick

Neben den im vorliegenden Bericht prominent behandelten Schulakteuren, d. h. die Lehrer, Schüler, Schulleiter und Eltern, sind zahllose weitere Aspekte an der Schulentwicklung und dem schulischen Erfolg der Kinder und Jugendlichen beteiligt, die jedoch teilweise kaum bekannt und noch weniger beeinflussbar sind.

So behauptet der Bildungsforscher Jürgen Baumert etwa, dass das verbesserte Abschneiden der deutschen Schüler beim PISA-Test in den letzten Jahren lediglich zu 20 Prozent auf konkrete bildungspolitische Maßnahmen zurückzuführen ist. Für die restlichen 80 Prozent sind demnach allgemeine gesellschaftliche Veränderungen verantwortlich, die nicht wirklich fassbar sind – auch wenn sie trotzdem auf irgendeine Weise durch (andere) Politikbereiche gesteuert werden.²⁵

Nun mögen diese Ergebnisse nicht eins zu eins auf das hier behandelte Thema übertragbar sein. Trotzdem ist klar, dass manche Nebenschauplätze – z. B. der sozioökonomische Hintergrund des Elternhauses oder gesamtgesellschaftliche Entwicklungen im Allgemeinen – bei den Überlegungen zur guten gesunden Schule außen vor bleiben, weil sie der Bildungspolitik entgleiten.

Wir haben uns im vorliegenden Rahmen daher auf das Wesentliche beschränkt, sozusagen auf die „atomare Struktur“ des Schulgeschehens. Tatsächlich hält die Schule dem atomaren Vergleich sehr gut stand, denn schließlich ist auch sie ein Grundbaustein – wenn auch nicht der Materie, so doch immerhin der Gesellschaft.

Und während ein Atom einen – positiv geladenen – Kern besitzt, zusammengesetzt aus Protonen und Neutronen, wird der „Schulkern“ von der Beziehung zwischen Lehrern und Schülern gebildet – die im Übrigen idealerweise ebenfalls positiv ist. Die „Kernkraft“, d. h. das Lehrer-Schüler-Verhältnis, muss dann stark genug sein, um den Kern und damit letztlich die Schule zusammenzuhalten. Bildlich können wir also behaupten, dass es der Zusammenhalt zwischen Lehrern und Schülern ist, der dem Schulwesen Gewicht verleiht – so wie sich auch nahezu die gesamte Atommasse im Atomkern befindet.

²⁵ Ewald Terhart, *Wie geht es weiter mit der Qualitätssicherung im Bildungssystem – 15 Jahre nach PISA?*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. 18-19/2015, S. 5.

Bekanntermaßen aber bestehen Atome nicht nur aus dem Atomkern, sondern verfügen auch über eine Hülle aus Elektronen. Im vorliegenden Rahmen konzentrieren wir uns dabei auf die Akteure Schulleitung und Eltern – dies in dem Bewusstsein, dass viele weitere Faktoren eine Rolle spielen. Dazu gehören beispielsweise die interne und externe Evaluation, Vergleichstests zur Qualitätssicherung, Schulinspektion und Schulentwicklungsberatung und sonstige Rahmenbedingungen, die alle um den Schulkern kreisen und Einfluss auf ihn üben.

Möchte man nun durch bildungspolitische Maßnahmen Veränderungen an diesem fragilen Gebilde vornehmen, dann ist es von großer Bedeutung, auf alle Faktoren gleichzeitig einzuwirken. Nur so kann die Existenz des Atoms aufrechterhalten werden bzw., im Fall des Schulgeschehens, dieses als stabiles Zentrum der Allgemeinheit fungieren und als solches optimiert werden.

Folgende vier Akteure wurden im Zuge der Untersuchungen dessen, was gute gesunde Schule im 21. Jahrhundert ausmacht, als „wesentlich“ für die Schulstruktur identifiziert:

Erster Akteur: die Lehrer

Ein souveräner Lehrer, der eine Klasse gut zu führen weiß, generiert eine Winwin-Situation: Die Schüler kommen in den Genuss einer besseren Unterrichtsqualität und sind aufmerksamer und interessierter bei der Sache, während der Lehrer selbst infolgedessen einer verringerten Belastung ausgesetzt ist.

Wie aber bringt man solche idealen Lehrer in die Klassen? Lehrer also, die ihren Beruf mit Begeisterung ausüben, die in der Lage sind, Unterrichtsinhalte für Schüler interessant aufzuarbeiten und zu vermitteln und die über genügend Resilienz verfügen, auch schwierige Situationen zu meistern?

Aufwertung des Lehrerberufs

Zunächst müssen neue Anreize für die Ergreifung des Lehrerberufs geschaffen werden, um den Interessentenkreis für eine Karriere als Lehrer zu erweitern. Eine große Rolle kann dabei die gesellschaftliche Aufwertung des Berufsbilds spielen.

Diese kann durch politische Maßnahmen erfolgen, beispielsweise indem das Beschäftigungsverhältnis schneller gesichert wird, oder indem die Lehrer selbst in den Schulen Öffentlichkeitsarbeit leisten und einen Einblick „hinter die Kulissen“ ihres Berufs geben.

Eine andere Möglichkeit sind mediengestützte Kampagnen, wie sie bereits jetzt in vielen Ländern – u. a. in der Flämischen Gemeinschaft – durchgeführt werden. Sie zielen darauf ab, neue Bewerber für den Lehrerberuf zu gewinnen, bereits im Berufsleben stehende Lehrkräfte zu ermutigen, im Schuldienst zu verbleiben oder aber frühere Lehrkräfte dazu zu bringen, wieder in den Beruf einzusteigen.²⁶

Auswahl der Lehramtskandidaten

Des Weiteren ist es so, dass nicht jedem Anwärter die Herausforderungen bewusst sind, die der Lehrerberuf stellt. Eine nächste Möglichkeit der Einflussnahme auf die Personalqualität bietet daher die Auswahl der Lehramtskandidaten.

Zu diesem Zweck können Selbsteinschätzungstests herangezogen werden, wie von Schaarschmidt vorgeschlagen (siehe weiter oben). Von größerer Bedeutung aber sind wahrscheinlich Assessments bzw. Eignungstests, die die Bildungseinrichtung im Rahmen einer Aufnahmeprüfung organisieren kann. Neben den kognitiven Fähigkeiten soll dabei im Wesentlichen die Persönlichkeit der Bewerber und ihre Eignung für die Arbeit mit Schülern auf den Prüfstand gestellt werden.

Ausbildung/Stärkung der Lehrgesundheit

Eine weitere Stellschraube findet sich in der Gestaltung der Lehrerausbildung. Schaarschmidt empfiehlt, die Ausbildung praxisnäher auszurichten. Die Studenten sollten insbesondere auf schwierige Situationen des Schulalltags vorbereitet werden, z. B. auf Konfliktgespräche mit Eltern, Disziplinarverstöße von Schülern oder wie sie durch Differenzierung im Unterricht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse der Schüler eingehen können.

Die psychische Widerstandsfähigkeit ist ein Faktor, der ebenfalls einen großen Beitrag zur Bewältigung schwieriger oder stressiger Situationen im Beruf leisten kann. Die Widerstandsfähigkeit kann von den Lehrern selbst mit Hilfe von Achtsamkeitsübungen gestärkt werden, die in die Lehreraus- oder -weiterbildung einfließen könnten.

In der Berufseinstiegsphase wäre darüber hinaus eine Ausweitung des Angebots an Hospitationen und Coachings bzw. Mentoraten wünschenswert – letzteres durch erfahrene Lehrer, die dafür freigestellt werden könnten. In dieser Phase sollen die Lehrer auch lernen, abzuschalten und Freizeit von Arbeit zu trennen.

²⁶ Siehe Europäische Kommission/EACEA/Eurydice. *Der Lehrerberuf in Europa: Praxis, Wahrnehmungen und politische Maßnahmen*. Eurydice-Bericht. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2015, S. 107.

Erstrebenswert wäre außerdem, mehr Freiräume für das Absolvieren von Weiterbildungen zu schaffen – selbst wenn sich das derzeit vor dem Hintergrund des herrschenden Lehrermangels schwierig gestalten mag.

Hilfreich könnte schließlich eine regelmäßige Evaluierung der Arbeit der Lehrer mit Verbesserungsvorschlägen sein, wie es in der Französischen Gemeinschaft angedacht ist. Auch vonseiten der Schüler kam im Rahmen des Schülerwettbewerbs die Idee auf, ein Lehrzeugnis auszustellen, um ihnen Anregung zur Verbesserung ihres Unterrichts zu vermitteln. Außerdem würde eine solche Unterstützung das Selbstwertgefühl der Lehrer fördern.²⁷

Zweiter Akteur: die Schulleitung

Ausbildung

Ebenso wie bei den Lehrern ist hier die Bedeutung der Ausbildung hervorzuheben. Gut vorbereitet ist ein Kandidat demnach, wenn er im Vorfeld bereits im Middle-Management oder als Koordinator Erfahrungen gesammelt hat.

Seitens der Schulleiter wurde der Wunsch geäußert, dass die Kandidaten schon vor ihrer Berufung zum Schulleiter eine entsprechende Ausbildung absolvieren könnten, damit sie bereits bei Amtsantritt über das notwendige Rüstzeug verfügen. Den Einstieg in das Amt erleichtern würde darüber hinaus ein durch den Vorgänger begleiteter Wechsel.

Unterstützung der Lehrer

Die Schulleitung übt eine wichtige Funktion bei der Stärkung der Lehrergesundheit aus. Indem sie den Lehrern Rückhalt bietet und ihnen Wertschätzung entgegenbringt, stärkt sie das Selbstvertrauen der Lehrer. Dies bezieht sich auch auf die Zusammenarbeit mit den Eltern, die von vielen Lehrern als belastend wahrgenommen wird: Demnach würden die Eltern einerseits einen Teil der Erziehungsarbeit auf die Lehrer abladen, andererseits aber Mitspracherecht bei der pädagogischen Arbeit verlangen. Gemeinsam könnten Schulleitung, Lehrer und Eltern sich auf Richtlinien bei der Elternbeteiligung verständigen.

Die Schulleitung ist auch dafür verantwortlich, für ein kollegiales Klima zu sorgen und optimale Arbeitsbedingungen für die Lehrer zu schaffen. So kann sie Arbeits-

²⁷ Zu dieser letzten Aussage siehe *ebd.*, S. 109.

plätze für die Lehrer in der Schule einrichten und Raum für Teamarbeit bieten, damit die Lehrer sich u. a. bei administrativen Aufgaben wie dem Schreiben von Curricula gegenseitig unterstützen und sich über didaktische Fragen austauschen können.

Stärkung der Schulleiterposition

In diesem Zusammenhang wäre für die Schulleiter eine Ausweitung ihrer Autonomie hilfreich, beispielsweise bei der Personalrekrutierung. Dies würde es ihnen erleichtern, eine eigene Schulkultur zu entwickeln.

Um aber diesen und anderen Aufgaben im Sinne der Schulentwicklung angemessen nachkommen zu können, sollten die Schulleiter von administrativen Aufgaben entlastet werden, z. B. durch Koordinatoren oder Middle-Manager.

In der Französischen Gemeinschaft wird zu diesem Zweck übrigens die Einrichtung von gemeinsamen Verwaltungszentren für einzelne Niederlassungen vorgeschlagen.

Dritter Akteur: die Eltern

Teilhabe am Schulleben

Einige Eltern wünschen sich vor allem einen intensiveren Austausch mit der Schule und wollen auch bei pädagogischen Fragen einbezogen werden – beispielsweise, indem der Elternrat systematisch im Pädagogischen Rat vertreten ist.

Auf diese Weise würde man sich den Bildungsauftrag teilen und es könnte ein Vertrauensverhältnis zwischen Eltern und Lehrern entstehen. Für die Lehrer ist es dabei allerdings wichtig, dass auch die Grenzen der Elternbeteiligung abgesteckt werden.

Eine vertiefte Beziehung zwischen Schule und Familie wird im Übrigen auch durch den Exzellenzvertrag in der Französischen Gemeinschaft angestrebt. Und Stracke-Mertes ist der Meinung, dass die Schulen einerseits einen besseren Einblick in die familiäre Situation der Schüler erhalten würden und bei Bedarf Hilfestellung bei der Erziehungsarbeit Zuhause bieten könnten.

Die Eltern auf der anderen Seite wären besser über die Probleme des Schulalltags informiert – und könnten gegebenenfalls entsprechend reagieren. Möglicherweise

lässt sich so letztlich sogar eine Verbesserung des Klimas in der Klasse und des Umgangs der Schüler miteinander herbeiführen.

Auf die Schüler eingehen

Natürlich betrachten sich die Eltern auch als Anwälte der Schüler. Als solche fordern sie, dass den Schülern mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Zudem sollten die Lehrer besser auf die individuellen Bedürfnisse einzelner Schüler eingehen können – wofür ihrer Meinung nach die Klassen verkleinert werden müssten.

Dies schließt auch mit ein, dass die Lehrer professionelle Unterstützung erhalten, wenn es in einer Klasse oder mit einzelnen Schülern Disziplinprobleme gibt.

Vierter Akteur: die Schüler

Bewusste Studienwahl

Sowohl Nicaise als auch Hirtt²⁸ und Szukala beklagen, dass die Schüler aufgrund ihres sozialen Hintergrunds oder ihrer antizipierten akademischen Fähigkeiten sehr früh bestimmten Schulformen zugeordnet werden. Vor diesem Hintergrund üben ihre Eltern und Lehrer einen (zu) starken Einfluss auf die Studienwahl der Schüler aus. Dies kann in ihrer späteren Laufbahn zu Frustration und Demotivation führen.

Diese gesellschaftliche Aufspaltung könnte verhindert werden durch eine gemeinsame Grundausbildung bis zum dritten Sekundarschuljahr, wie sie in der Flämischen und der Französischen Gemeinschaft angedacht ist. Damit würden alle Optionen möglichst lange offen gehalten und die Schüler könnten sich bewusst mit ihrer Studienwahl auseinandersetzen, wenn sie reif dafür sind.

Sitzenbleiben

Dass Sitzenbleiben nicht nur sehr kostspielig ist (500 Millionen Euro pro Jahr in der Französischen Gemeinschaft)²⁹, sondern sich zudem negativ auf die schulischen Ergebnisse, die sozioemotionale Situation und das Verhalten der Schülers

²⁸ Zu Hirtt siehe auch Le Soir, 23.06.2017.

²⁹ Siehe Le Soir, 04.06.2015.

auswirkt und sogar zum häufigeren Abbruch des Schulbesuchs führt, gilt als erwiesen.³⁰

Aus diesem Grund möchte man in der Französischen Gemeinschaft das Sitzenbleiben und die Abbrecherquote stark einschränken, z. B. durch die gezielte Unterstützung schwächerer Schüler.

Auch die Schüler erkennen keinen Sinn im Sitzenbleiben. Für sie führt es vor allem dazu, dass die Betroffenen erst ein Jahr später studieren oder einer Arbeit nachgehen können, zudem verlieren sie den für sie sehr wichtigen Kontakt zu ihren Freunden. Wenn aber schwächere Schüler die Gelegenheit haben, sich an stärkeren zu orientieren, würde sich der allgemeine Leistungsdurchschnitt heben.

Praxisnaher Unterricht

Die Schüler selbst wünschen sich einen sinnvollen, praxisnahen und dynamischen Unterricht, an dem sie aktiv teilnehmen können und der sie auf das Erwachsenenleben vorbereitet.

Vor allem die Schüler der technischen Abteilungen klagen darüber, dass ihnen kein Englischunterricht angeboten wird. Englischkenntnisse sind aber notwendig, um besser auf Praktika und den Einstieg in den internationalen Arbeitsmarkt vorbereitet zu sein.³¹

Neuorganisation des Schuljahrs

In der Französischen Gemeinschaft wird über eine Reform der Schulrhythmen nachgedacht. Insbesondere die Ferienperioden sollen dabei gleichmäßiger über das ganze Schuljahr aufgeteilt werden. Dazu gehört u. a., dass die Nachprüfungen bereits im Juni oder Anfang Juli organisiert werden. Dann ist das bereits Gelernte noch frischer und bei Nichtbestehen hätten die Schüler mehr Zeit, sich umzuorientieren.

All diese Maßnahmen würden auch die Schüler selbst begrüßen (siehe Kapitel „Schülerwettbewerb“ weiter oben).

30 Siehe La Libre, 29.06.2015 sowie Europäische Kommission/EACEA/Eurydice/Cedefop. *Bekämpfung des vorzeitigen Ausstiegs aus der allgemeinen und beruflichen Bildung in Europa: Strategien, Konzepte und Maßnahmen*. Bericht von Eurydice und Cedefop. Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014, S. 43.

31 GrenzEcho, 12.01.2016.

Hausaufgaben

Darüber hinaus schlagen die Schüler – übrigens wieder im Einklang mit Überlegungen in der Französischen Gemeinschaft – vor, den Schultag bis 17 Uhr zu verlängern, damit die Hausaufgaben noch in der Schule erledigt werden können.

Auch die Eltern halten dafür, Klassenarbeiten so zu konzipieren, dass sie – ohne Vorbereitung zu Hause – bestanden werden können. Derzeit ist es so, dass viele Kinder das ganze Wochenende mit Hausaufgaben verbringen, um sich auf die anstehenden Klassenarbeiten am Montag vorzubereiten. Dies belastet nicht nur das Familienklima, sondern steht auch der Bildungsgerechtigkeit entgegen: Nicht alle Eltern haben die Möglichkeit, ihre Kindern bei Bedarf zu unterstützen oder können ihnen den Raum bieten, ihre Hausaufgaben ungestört zu erledigen.³²

Ausblick

Der vorliegende Bericht ist nicht als Schlusspunkt der Ausschussarbeiten zur guten gesunden Schule zu betrachten. Tatsächlich bietet das Thema zahlreiche weitere Anschlussmöglichkeiten, und so hat der Ausschuss sich dazu entschieden, die Untersuchungen zur guten gesunden Schule mit dem Fokus auf Bildungsgerechtigkeit fortzuführen.

³² Siehe z. B. <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/hausaufgaben-das-ist-hausfriedensbruch-a-1062094.html> (letzter Zugriff: 19.07.2017).

Weiterführende Informationen zu den angehörten Referenten und Einrichtungen

Anne-Marie Jouck ist Erziehungswissenschaftlerin. Im Rahmen ihres Studiums an der Universität Lüttich hat sie eine Studie mit dem Titel « Quel est le degré de satisfaction des enseignants primaires en Communauté Germanophone ? » erarbeitet.³³

Prof. Dr. Uwe Schaarschmidt war zuletzt Leiter der Abteilung Persönlichkeits- und Differenzielle Psychologie im Institut für Psychologie der Universität Potsdam und befindet sich seit 2006 im Ruhestand. Er leitete die Potsdamer Studie zur Lehrergesundheit und ist auch weiterhin mit Projekten zum Zusammenhang von Beruf, Gesundheit und Persönlichkeitsentwicklung befasst, so u. a. für das Institut „COPING“³⁴ für angewandte Psychologie.³⁵

Prof. Dr. Ides Nicaise ist Dozent an den Fakultäten für Psychologie und für Pädagogik der Katholischen Universität Löwen sowie Leiter der Forschungsgruppe Unterricht und lebenslanges Lernen (Onderzoeksgroep onderwijs en levenslang leren – HIVA).³⁶

Prof. Marc Demeuse ist Psychologe und Statistiker und doziert an der Fakultät für Psychologie und Erziehungswissenschaften der Universität Mons. Er leitet das « Institut d'administration scolaire » und hat an der Erstellung der ersten europäischen Indikatoren für die Qualität der Schulbildung mitgewirkt. Zudem ist er Mitglied verschiedener Kommissionen und Organe zur Lenkung des französisch-belgischen Bildungssystems.³⁷

33 Zu Deutsch: „Wie hoch ist die Zufriedenheit der Primarschullehrer in der Deutschsprachigen Gemeinschaft?“

34 Im Englischen bezeichnet „Coping“ eine Bewältigungsstrategie für den Umgang mit einer schwierigen Lebensphase (siehe <https://de.wikipedia.org/wiki/Bew%C3%A4ltigungsstrategie>, letzter Zugriff: 07.03.2017).

35 Siehe <http://www.coping.at/index.php?uwe-schaarschmidt-person> (letzter Zugriff: 07.03.2017).

36 Siehe <https://hiva.kuleuven.be/nl/onderzoeksgroep-onderwijs-en-levenslang-leren/00014508> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

37 Siehe <https://portail.umons.ac.be/fr/universite/facultes/fpse/serviceseetr/methodo/membres/pages/marcdemeuse.aspx> (letzter Zugriff: 08.03.2017).

Vera Kaltwasser – Autorin, Pädagogin und Achtsamkeitstrainerin – hat ein Studium der Germanistik, Anglistik und der Pädagogischen Psychologie in Frankfurt, Bristol und London absolviert sowie u. a. eine Zusatzausbildung in *Mindfulness-Based-Stress-Reduction* bei Jon Kabat-Zinn und Saki Santorelli. Sie bietet Beratung und Weiterbildung zu „AISCHU – Achtsamkeit in der Schule“ an.³⁸

Dr. med. Antje Walther ist Kontrollärztin des Ministeriums der Deutschsprachigen Gemeinschaft. In dieser Funktion ist sie für die medizinischen Kontrollen der Personalmitglieder des Unterrichtswesens, der Einrichtungen öffentlichen Interesses sowie des Ministeriums verantwortlich. Des Weiteren erstellt sie die krankheitsbedingten Fehlzeitenstatistiken für das Unterrichtswesen und die oben genannten Institutionen. Daraus abgeleitet erstellt sie entsprechende Handlungsempfehlungen.

Elternbund Ostbelgien – Der EBOB ist im Jahr 2014 gegründet worden; 64 Elternratsorganisationen werden regelmäßig informiert und davon sind 27 effektive wahlberechtigte Mitgliedsorganisationen. In fast allen Schulelternräten verfügt der EBOB zumindest über einen Ansprechpartner.

Nico Hirrt war Sekundarschullehrer in den Fächern Physik und Mathematik und hat im Jahr 1995 die belgische Denkgruppe « Appel pour une école démocratique – Aped » (Aufruf für eine demokratische Schule) mitgegründet. Er war außerdem Chefredakteur der vierteljährlich erscheinenden Zeitschrift « L'école démocratique » und ist derzeit Forschungsbeauftragter für Aped. Er ist zudem Autor zahlreicher Artikel und Bücher über die Schule.³⁹

Prof. Dr. Andrea Szukala hat eine Professur für Fachdidaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Münster inne. Sie forscht u. a. über Lehrerbildung und Diversität und hat zu Themen wie inklusiver Unterricht in den sozialwissenschaftlichen Fächern der Sekundarstufe publiziert. Des Weiteren begutachtet sie Artikel für diverse pädagogische und soziologische Fachzeitschriften. Prof. Szukala hat daneben als Sekundarschullehrerin für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften gearbeitet und hat zahlreiche Schulbücher und Unterrichtsmaterialien zum Fach Sozialwissenschaften herausgegeben. Sie ist Vizepräsidentin des Landesverbands Nordrhein-Westfalen der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und verantwortlich für Grafstat, ein von der Bundeszentrale für politische Bildung gefördertes Programm zur Erstellung und Auswertung von Umfragen mittels eines Fragebogens.⁴⁰

38 Siehe <http://www.vera-kaltwasser.de/ueber-mich.html> (letzter Zugriff: 09.03.2017).

39 Siehe <http://www.skolo.org/2016/11/16/en-democratie-education-nest-pas-seulement-un-droit-cest-un-devoir/> (letzter Zugriff 15.03.2017).

40 Siehe <https://www.uni-muenster.de/Soziologie/personen/szukala.shtml> (letzter Zugriff: 15.03.2017).

Zusammensetzung des Ausschusses III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung

Während der Arbeiten zum gesellschaftspolitischen Thema setzt sich der Ausschuss III für Unterricht, Ausbildung und Erwachsenenbildung wie folgt zusammen:

Vorsitzender: Freddy CREMER (ProDG)
Vizevorsitzender: Daniel FRANZEN (CSP)

Mitglieder:

Für die CSP: Daniel FRANZEN
Luc FRANK
(vom 9. März 2017 bis zum 4. Mai 2017: Jérôme FRANSEN,
von Legislaturbeginn bis zum 26. Januar 2017:
Marion DHUR)

Für ProDG: Freddy CREMER
Petra SCHMITZ

Für die SP: Kirsten NEYCKEN-BARTHOLEMY

Für die PFF: Gregor FRECHES

Für VIVANT: Alain MERTES

Für ECOLO: Marc NIESSEN
(von Legislaturbeginn bis zum 19. Januar 2017:
Franziska FRANZEN)

Ausschussbetreuung: Manuel BRÜLS

Ostbelgien 



ISBN: 978-3-9817449-6-5